

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abohmentpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.40 M., für 1 Monat 80 Pf. (Beschleißgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18008.

Inserate kosten die 7 gespaltene Pettigree oder deren Raum 25 Pf., bei Platzvorschreit 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

In der Nähe von Malchow in Mecklenburg brach eine Bambusbrücke ein, wobei 12 Personen ins Wasser fielen, die aber sämtlich gerettet werden konnten.

In den englischen Ackerbaudistrikten steht die Ernte fast überall unter Wasser.

Die Vertreter der Großmächte warnen Montenegro vor einer weiteren Zuspaltung seiner Aktionen gegen die Türkei.

Auf dem mazedonischen Kongress in Sofia wurde von der bulgarischen Regierung die sofortige Mobilisierung der Armee gegen die Türkei gefordert.

In Konstantinopel brach gestern ein Großfeuer — innerhalb vier Tagen das dritte — aus, wodurch etwa 200 Häuser zerstört wurden.

Teuerung.

Leipzig, 27. August.

Überall Geschrei nach Brot
Vom Atlas bis Archangel.
In halb-Europa Hungersnot,
Im halben Brotkrusten Mangel.

Herwegh.

Die Geschäfte blühen, die Profite sind rasch hoch, die Dividendenabschüsse haben gelegte Zeiten. Seit 1895 durchlebt Deutschland, durchlebt das kapitalistische Europa eine Epoche ungeheuren Aufschwungs. Die Produktionskräfte haben sich in einem ungeahnten Tempo vermehrt, die Arbeit der ungezählten Millionen kapitalistischer Pochslaven wird jahraus jahrein märchenhafte Reichtümer in steigender Fülle auf den Tisch. Allein die Firma Krupp hat in den letzten acht Jahren an Dividenden eine Einnahme von 124 Millionen gehabt. Die Kapitalisten wissen kaum noch, wohin mit den sich zu Bergen häufenden Goldmassen. Sie jagen um die Erde, um ein Plätzchen zu suchen, wo sie ihre überschüssigen Reichtümer anlegen können. So bauen sie in die entlegensten Winkel der Welt durch Wüsteneien und Steppen Eisenbahnen, Chausseen und Kunsträumen, tragen die Wunder der Elektrizität und der Chemie in alle Länder, und erschließen so Jahr für Jahr immer neue Gebiete der Kultur.

O ja, der Kapitalismus hat es herrlich weit gebracht! Indessen das Volk, das er zu Hause ließ, das fällt dahin wie Winterfliegen. Während die Welt sich mit überquellenden Reichtümern füllt — und just das Jahr 1912 zeigt den

gesamten internationalen Kapitalismus auf einer noch nie erreichten Stufe der Entfaltung der Kraft — während in den Ländern von Ostasien, Afrika, Südamerika der Goldstrom der alten Welt immer tiefer eindringt, schleicht durch die Gassen Europas das Gespenst des Hungers. An den notwendigsten Lebensmitteln leiden die Not, die alle diese Reichtümer schaffen, deren abgezähmte, von der Arbeit verschleißte Leiber die unerschöpfliche Quelle sind, aus der die Reichen schöpfen. Not müssen sie leiden im lachendsten Überschuss! Es gibt hinieden Brot genug für alle Menschenkinder; und nicht bloß Brot, auch Fleisch und alles, was der Mensch braucht, ist im Überschuss vorhanden. In Südamerika, in Asien, in Russland wiegt sich Halm an Halm, in Australien, in Nordamerika, in Argentinien, welch Überschuss an Rüben und Schafen! Das sind just die gleichen Länder, in die jener Goldstrom rinnt, den man aus den Knochen, den Nerven und Muskeln unserer heimischen Arbeiterwelt herausträumt hat. Über kein Vieh, kein Fleisch, kein Korn kommt aus jenen Ländern über unsre Grenzen, für das nicht vorher die unerhörtesten Zollabgaben erlegt sind oder das nicht die bis zur Unverträglichkeit gesteigerten Grenzschanzen durchgemacht hat. Unsre herrschenden Klassen haben ein Interesse an der Teuerung, sie haben nur eine Sorge: daß das Brot und das Fleisch in Deutschland um Himmels willen nicht zu billig werde. Und da sie die Klinke der Gezeuge in der Hand haben, so könnten sie ganz Deutschland wie mit einem Stacheldrahtzaun von der übrigen Welt und ihren Lebensmitteln abschließen.

Seit Jahren schon wütet die Teuerung auf dem Rücken der beschlagenen Massen, und sozialdemokratische Theoretiker waren es, die zuerst das Herannahen dieser ägyptischen Blase vorausgesagten. Nichts aber ist für den blöden Stumpfmann mit dem unsre Regierungen den Erscheinungen der Weltwirtschaft gegenüberlicher bezeichnender, als das armelange Blatt vom der „vorübergehenden Erscheinung“, als die die ersten Anzeichen der Teuerung bezeichneten. Die vorläufige Charlotten Bülow, dieser trockne Altendebel Bethmann-Hollweg — was wissen denn sie von der wirklichen Welt! Und das sind dieselben Geisteslichter, die so gern über die „mangelnde Reife“ der Arbeiterklasse zur Selbstzerziehung schwabronieren, sie, die gerade in der Frage der Teuerung einen klassischen Beweis dafür abgelegt haben, wie unfähig unsre herrschenden Klassen zur Beherrschung anderer sind.

Wir verlangen von diesen Leuten nicht mehr, als sie leisten können, wir verlangen von ihnen nicht, daß sie die Teuerung abaffen. Das ginge über ihre Kräfte. Die Teuerung ist eine internationale Erscheinung und ein Ergebnis der ungeheuren Ausdehnung des Kapitalismus über die ganze Erde. Das Unwachsen der Menschenmassen, die gestiegerte Nachfrage nach den Rohmaterialien, die alles belebende, ungeheure Goldproduktion der letzten Jahre hat

eine Steigerung der Preise als eine ganz selbstverständliche Konsequenz nach sich gezogen. Diese Teuerung ist nur das äußere Merkmal der neuen weltwirtschaftlichen Epoche, in der wir uns befinden, die gekennzeichnet ist durch jene ungeheuren Umwälzungen auf dem gesamten Erdentrum, deren wir seit acht Jahren Zeuge sind. Das erkennen auch bürgerliche Schriftsteller an. So bemerkt Professor Eulenburg: Leipzig in seiner vor kurzem erschienenen Broschüre: Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts:

Die Ursachen der Preissteigerung müssen lediglich in der Ausgestaltung der modernen kapitalistischen Wirtschaft gesucht werden. Ihre neueste Phase, die sich als Weltwirtschaft darstellt, trägt in sich den Keim zu einer Preissteigerung. So lange die technischen Fortschritte allein den einzelnen Volkswirtschaften zugute kamen, konnte dieses Moment noch hinwegfallen. Aber gerade die Ausdehnung der Weltwirtschaft führt mit innerer Notwendigkeit zur Erhöhung der Preise. Die letzte Ursache liegt demnach in der Umwandlung des Geld- und Leihkapitals in Auslagenkapital, des kurzfristigen in langfristiges... Wir stehen an einem Wendepunkt weltgeschichtlicher und weltwirtschaftlicher Entwicklung. Die großen politischen Ereignisse, die wir erleben, sind mit verursacht durch jenes Phänomen der Preissteigerung, das wiederum Wirkung tieferliegender Faktoren darstellt.

Wir wissen, daß der „Wendepunkt“, von dem Professor Eulenburg hier redet, der Übergang des Kapitals in das imperialistische Zeitalter ist, das heißt in jene Epoche, über die hinaus es für den Kapitalismus nichts mehr gibt, in der er die Produktivkräfte der Gesellschaft zum äußersten entwickelt, in der er den Kreis der kapitalistischen Herrschaft unterwirft und wo er dann für seine überschüssigen Kapitalmassen keinen Platz mehr findet und an Überproduktion, an Versetzung zusammenbrechen muß. Dieses Schlußzeitalter des Kapitalismus ist begleitet von Umwälzungen nicht nur auf dem Gebiete des äußeren, sondern auch auf dem der inneren Politik. Und diese inneren Krisen ründen sich an durch die steigende Teuerung, durch wachsenden Stuerdruck, durch zunehmende Kriegsgefahr, die wie die apokalyptischen Reiter über die dem Untergang geweihte kapitalistische Welt dahinjagen.

Also die Teuerung selber liegt tief in dem internationalen Charakter unsrer Zeit verankert. Sie ist ein Kind der wirtschaftlichen Revolution, und als solches wird sie wieder revolutionär in höchstem Maße. Die Beleidigung der Teuerung verlangen wir also von den staatsmännischen Alträumchen nicht, die in Berlin und sonstwo das große Wort führen. Wohl aber verlangen wir von ihnen die Aufhebung aller jener Maßregeln, die über das internationale Maß hinaus die Teuerung für das deutsche Volk noch ganz besonders verschärfen. Der bösartige Stacheldrahtzaun der Zölle und Abgaben muß fallen, jene Vorschriften der schikanösen Fleisch- und Viehbehandlung, das infame System der

Auf in die Kampf-Versammlungen gegen den Lebensmittel-Wucher!

Feuilleton.

Das rote Zimmer.

Schilderungen aus dem Künstler- und Schriftstellerleben.
Von August Grindberg.

[Nachdruck verboten.]

Siebzehntes Kapitel.

Natura...

Falander sah eines Nachmittags zu Hause und studierte eine Rolle, als ein leichtes Klopfen, zwei Doppelschläge, an der Tür zu hören war. Er sprang auf, fuhr in einen Rock und öffnete.

— Agnes! Das ist ein seltener Besuch!
— Ja, ich mußte dich sehen, es ist so verdammt langweilig!

— Wie du fluchst!
— Läßt mich fluchen; das ist schön!
— Hm! Hm!
— Gib mir eine Zigarette; ich habe sechs Wochen lang nicht geraucht. Diese Erziehung macht mich verrückt.

— Ist er denn so streng?
— Er sei verflucht!

— Psiui, Agnes, wie du sprichst!
— Ich darf nicht mehr rauchen, nicht mehr fluchen, nicht mehr Bunsch trinken, nicht mehr abends ausgehen. Aber läßt mich nur erst verheiraten sein! Dann!

— Ist es voller Ernst?
— Sein vollkommen! Sieh dir dies Talchen-tuch an!

— H. R. mit der Krone und den neun Augen.

— Wir haben die gleichen Initialen, und ich habe seine Schablone nehmen müssen! Ist das nicht fein?

— Ja, das ist fein! Soweit ist also gekommen?

Der Engel im blauen Kleid warf sich selbstherrlich aufs Sofa und ließ die Zigarette qualmen. Falander betrachtete ihren Körper mit Bliden, als mache er einen Kostenanschlag, und sagte dann:

— Trinkst du ein Glas Bunsch?

— Ja, gern!

— Liebst du deinen Verlobten?

— Er gehört nicht zu der Sorte Männer, die man wirklich lieben kann. Lebrigens weiß ich das nicht. Lieben? Hm! Was ist das eigentlich?

— Ja, was ist das?

— Oh, du weißt es wohl! Er ist sehr achtenswert, schrecklich sogar, aber, aber, aber.

— Aber?

— Er ist so ordentlich!

Sie sah Falander mit einem Lächeln an, das den abwesenden Brautigam gerettet hätte, wenn ers gesehen hätte.

— Er ist nicht artig gegen dich? fragte Falander in einem neugierigen und unruhigen Ton.

Sie trank ihr Glas Bunsch aus, machte eine Kunstpause, schlüttelte den Kopf und sagte mit einem Theaterauszettel:

— Nein!

Falander schien mit der Antwort zufrieden zu sein; es wurde ihm sichtlich leichter ums Herz. Er setzte seine Inquisition fort.

— Es kann lange dauern, ehe du dich verheiraten kannst. Er hat noch keine einzige Rolle bekommen.

— Nein, das weiß ich.

— Wird es dir nicht langweilig werden?

— Man muß Geduld haben.

Hier muß man Folter anwenden, dachte Falander.

— Du weißt doch, daß Jenny jetzt meine Geliebte ist.

— Das alte, häßliche Weibstüd!

Es zog eine ganze Schar weißer Nordlichtlammen über ihr Gesicht, und alle Muskeln setzten sich in Bewegung, als ständen sie unter dem Einfluß einer galvanischen Säule.

— Sie ist nicht so alt, sagte Falander faulblütig. Hast du gehört, daß der Kellner vom Ratskeller in dem neuen Stück als Don Diego debütiert und Rehnheim seinen Diener spielen wird. Der Kellner wird sicher Erfolg haben, denn die Rolle spielt sich von selbst; den armen Rehnheim aber wird die Schande zerstören.

— Gott im Himmel, was sagst du!

— So ist es.

— Das wird nicht geschehen!

— Wer kann das verhindern?

Sie sprang vom Sofa auf, leerte ein Glas, sang laut an zu weinen und brach in die Worte aus:

— Oh, wie bitter die Welt ist, wie bitter! Es ist, als beläuft eine böse Macht all unsre Wünsche, um sie durchkreuzen zu können; spioniere unsre Hoffnungen aus, um sie zu vereiteln; errate unsre Gedanken, um sie zu erwidern. Wenn man sich selbst alles Böse wünschen könnte, müßte man tun, um diese Macht zum Narren zu halten.

— Sehr wahr, meine Liebe! Darum muß man immer davon ausgehen, daß es schlimm enden wird. Das ist aber nicht das Traurigste. Ich will dir einen Trost geben! Du weißt, jedes Glück, das dir zuteilt wird, geschieht immer auf Kosten eines andern; wenn du eine Rolle bekommst, so kriegt eine andre sie nicht, und dann windet sich die wie ein getretener Wurm, und du hast etwas Böses getan, ohne es zu wollen; also selbst das Glück ist vergiftet. Dein Trost im Unglück sei, daß du mit jedem Missgeschick, in das du gerätst, eine gute Tat vollbracht hast, wenn auch ohne es zu wollen; und unsre guten Taten sind der einzige reine Genuss, den wir haben.

Einfuhrshölle, das das deutsche Getreide auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu so billigen Preisen auf die Märkte des Auslands wirkt, daß man dort die Schweine damit füttert, während in Deutschland das Getreide zu Hungersnotpreisen verkauft wird. Gegen dieses System der künstlichen Teuerung, des staatlich organisierten Lebensmittelwuchers muß eine wichtige Massenbewegung durch Deutschlands Gaue gehen. Die Massen müssen sich regen und den harthörigen Kommiss der herrschenden Klassen ihr Elend, ihre Erbitterung und ihre Empörung in die Ohren schreien. Leipzig's Bevölkerung wird am Sonnabend den 26. August Gelegenheit dazu bekommen. Jener Tag soll und wird zu einer gewaltigen Demonstration werden, die den Herrschenden zeigt, daß ihre Reise in den Abgrund führt; den Unterdrückten, den Notleidenden aber wird sie das ruhig flammende Licht der wissenschaftlichen Erkenntnis in die Herzen gießen, daß nur die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, daß nur der Sozialismus ihnen Befreiung aus ihren Qualen bringt.

Die türkische Krise.

Bewirrung.

Die Situation in der Türkei läßt sich nach wie vor in den Säugzusammenfassungen: Bewirrung auf der ganzen Linie. Das Kabinett ist zwar wieder komplett, dafür hat sich die Lage an der montenegrinischen Grenze wieder verschärft. Auch den angeblich in ihre Heimat zurückgekehrten Albanen traut die Regierung offenbar nicht über den Weg; sie konzentriert an den Städten, die die Armaute bei ihrer Rückkehr würden passieren müssen, größere Truppenkörper. Das hat aber nicht zu verhindern vermögt, daß sowohl in Westalbanien, in der Gegend von Elbasan, wie im Osten der Provinz Albanien, bei Kavala, sich die Armaute wieder zu sammeln beginnen. Nach amtlichem Bericht sind in der Gegend von Elbasan gegen 4000 Armaute versammelt, die die Plünderung des Waffendepots von Schaik beabsichtigen. Die Behörden erblitzen Verstärkungen aus Skutari, um einen Angriff abwehren zu können. In Konstanz stürmte die zumeist bewaffnete Bevölkerung das Gefängnis und befreite sämtliche Gefangenen. Der Walt von Montafur ist nach Konstantinopel gerufen worden. Auch die gegen Kavala vorbringenden Albanen beabsichtigen, die Gefangenen zu befreien, und sie sollen sich zu diesem Zweck mit bulgarischen Banden in Verbindung gesetzt haben.

Von der Aktion der Mächte, die mit grohem Zaudern von dem österreichischen Minister des Äußeren eingeleitet worden war und nach offizieller Darstellung die Wiederaufstellung der Ordnung auf dem Balkan bezwecke, ist es inzwischen merkwürdig still geworden. Der Grund hierfür liegt ganz einfach darin, daß sich die „Oberungs“ schwärmer selbst in die Haare gefahren sind und nun offen und im Geheimen gegeneinander intrigieren. Vor allem bemüht sich Russland, durch seine Kreaturen in Montenegro, Serbien und Bulgarien die Erregung gegen die Türkei zu schüren, und prompt treffen aus diesen Ländern dann auch wieder die üblichen Nachrichten über Junnahme der Grenzzusammenföhrer, Massakers und türkfeindliche Demonstrationen ein. Auch mit den neuzeitlichen Vorstößen der Albanen stehen diese Treiber offenbar in Zusammenhang. Die Lage ist dadurch so verworren geworden, daß man sich im Berliner Auswärtigen Amt zu einer öffentlichen Verwahrung entschlossen hat, deren Spitze sich unzweifelhaft gegen Russland richtet. Das offizielle Volksblatt Bureau verbreitet folgende Berliner Meldung der Königlichen Zeitung: Nach den Erörterungen eines Teils der internationalen Presse könnte man den Eindruck gewinnen, als ob bei den bevorstehenden Aussprachen gewissermaßen nach politischen Gruppen vorgegangen werde, die Ansichten und die Interessen der einen dieser Gruppierungen zum Nachteil der andern zur Geltung zu bringen. Wenn dieser Standpunkt irgendwo vorhanden gewesen sein sollte, so möchten wir sehr wünschen, daß er so vollständig wie möglich verlassen würde. Es sollte sich um so weniger darum handeln, den Interessen des Dreibunds oder der Entente zum Siege zu verhelfen, als widerstreitende Interessen in dieser Frage kaum vorhanden sind, denn das — man darf wohl hoffen (!) — gemeinsame Ziel ist doch, die orientalischen Angelegenheiten in Bahnen zu lenken, die der geistlichen Entwicklung der Türkei und dem Frieden Europas von Augen sind. Es wäre also widersinnig, wenn man in dieser Frage die eine oder die andre der politischen Gruppierungen gegen die andre ausmarschiert ließe, während doch alles darauf hinweist, daß sie hier sehr wohl zusammen und gemeinsam operieren können. Es würde ja nicht zum erstenmal geschehen, daß der eine oder der andre Staat seine Stellungnahme lediglich danach einkreite, daß sie einem andern Staat unangenehm sein soll, doch wird man in einer solchen Politik der Verägerung die höchste Weisheit kaum erkennen können. Am wenigsten würde dies zu finden sein, wenn man sie gerade jetzt anwenden wollte, während doch alles darauf hinweist, daß es sich hier nicht um Sonderinteressen des Dreibunds oder der Entente handelt, sondern um wichtige Dinge, bei deren Bearbeitung alle Sonderinteressen ausgegliedert werden können. Wir sind überzeugt, daß nicht nur bei den deutschen, sondern auch bei andern Regierungen diese Auffassung vorherrscht, und wir verzweifeln deshalb auch nicht

— Ich will keine guten Taten vollbringen, ich will keine reinen Genüsse haben, ich habe genau das gleiche Recht auf Erfolg wie andre! Und ich — werde — Erfolg haben!

— Um jeden Preis?

— Um jeden Preis muß ich aushören, die Kammerjungfer deiner Geliebten zu spielen.

— Ach, du bist eifersüchtig! — Lern mit Geschmac Mißserfolg haben, das ist größer — und viel interessanter.

— Sag mir eins! Liebt sie dich?

— Ich fürchte, sie hat sich allzu ernst an mich gehängt.

— Und du?

— Ich? Ich werde nie eine andre als dich lieben, Agnes.

Er ergriff ihre Hand.

Sie sprang vom Sofa auf, so daß ihre Strümpfe zu sehen waren.

— Glaubst du, es gibt etwas, das man Liebe nennt? fragte sie, und richtete ihre großen Pupillen auf ihn.

— Ich glaube, es gibt mehrere Arten Liebe.

Sie ging einmal durchs Zimmer und blieb an der Tür stehen.

— Liebst du mich ganz und ungeteilt? fragte sie, indem sie die Hand aufs Türschloß legte.

Er dachte zwei Sekunden nach und antwortete.

— Deine Seele ist böse und ich liebe das Böse nicht.

— Ich kümmere mich nicht um die Seele. Liebst du mich? Mich?

— Ja! So tief...

— Warum hast du mir Rehnhjelm gesucht?

— Weil ich fühlen wollte, wie es ist, wenn ich dich nicht besiege.

— Du hast also gelogen, als du sagtest, du habest mich saßt?

— Ja, das habe ich?

— Oh, du Teufel!

Sie hatte den Schlüssel hereingetragen, und er hatte die Faloutsien herabgelassen.

(Fortsetzung folgt)

daran, daß sie zur Geltung gebracht werden kann. Vom Dreibund und der Entente haben wir in letzter Zeit genug gehört. Wie wäre es, wenn man einmal Europa sprechen, oder noch besser, handeln ließe?

Zu den zahlreichen falschen Nachrichten, die die Novoje Wremja verbreitet, gehört auch die, daß der Feldmarschall Uhlich von der Goly in nächster Zeit, und zwar im Auftrage des Deutschen Reiches, sich noch Konstantinopel begeben werde, und daß man in türkischen Kreisen auf diese Reise besondere Wert lege. Da der Marschall von der Goly nicht beabsichtigt, eine solche Reise zu unternehmen, so kann man auch diese Nachricht zu dem kleinen Paket der falschen Meldungen der Novoje Wremja legen.

Die Auflösung klingt ähnlich gerecht; ob sie den gewünschten Erfolg haben wird, ist aber mehr als fraglich. — Die Telegramme melden:

Cetinje, 26. August. (Aus amtlicher montenegrinischer Quelle.)

In Anbetracht der sehr gespannten Lage zwischen Montenegro und der Türkei, die sich im Gefolge der Irakischen Falle an der Grenze und der Grenzüberquerungen durch türkische Patrouillen ergeben hat, unternahmen die Vertreter der Großmächte im Namen ihrer Regierungen bei dem König und der montenegrinischen Regierung freundliche Schritte, indem sie zum Frieden mahnten. Der König und die Regierung antworteten, daß sie trotz der entstandenen Schwierigkeiten den Wunschen der Großmächte in weitgehender Weise Rechnung tragen werden. Montenegro habe keinerlei aggressive Absichten (!), sondern wolle nur seine Grenze vor Angriffen und Überquerungen der Türken verteidigen. Es könne jedoch nicht dulben, daß weiterhin Wachhäuser und Verschanzungen von den Türken auf montenegrinischem Boden errichtet werden, denn dies widerspreche der Integrität des Landes. Der König und die Regierung drückten schließlich die Hoffnung aus, daß die Großmächte in ihrem Bestreben, die Ruhe aufrecht zu erhalten, ein Mittel finden würden, um die türkisch-montenegrinischen Grenzfragen zu lösen und die Ursachen des Konflikts aus der Welt zu schaffen.

Konstantinopel, 26. August. Den Blättern zufolge steht Montenegro noch immer Truppen an der Grenze zusammen. Bei Antivoni kommen fortgesetzte neue Schnellfeuergeschütze der Montenegriner an. Die aufständischen Albanen in Ipek verlangen Waffen, um gegen Montenegro zu kämpfen.

Konstantinopel, 26. August. Der Kaimalam von Berane ist ermordet worden, angeblich von Albanen. Die Presse sieht Montenegro gegen die anstehende Mobilisierung protestieren. Gleichzeitig trifft die Türkei Vorsichtsmaßnahmen an der Grenze. Von Ueskib, Mitrowica und Novibazar sind Truppen nach der Grenze gesandt worden. Man nimmt an, daß die Türken in Prizrend 30 Bataillone zusammengezogen haben. Wie Gerüchte besagen, ist Guzin von den Montenegrinern eingeschlossen, die Türkei sind jedoch noch nicht bestätigt. Am 21. August haben die Albanen das Waffendepot in Ipek geplündert und angezündet. Auch in Djakowia wollten sie das Waffendepot plündern, wurden aber davon gehindert. — Der Ministerrat beschloß, über Koschana den Belagerungszustand zu verhängen und die Zivil- und Militärbehörden, die bei den Vorgängen in Koschana ihre Pflicht ver nachlässigt haben, vor ein Kriegsgericht zu stellen. Die Regierung hat für die Opfer von Koschana weitere tausend türkische Pfund gestellt.

Neue Grenzmässaker?

Belgrad, 25. August. Die Blätter veröffentlichen Meldungen über ein vorgestern von Albanen in Senjica und Veljopolis angerichtetes Serbenmassaker, wobei auch der Kaimalam Popovic getötet worden sei. Die Nachrichten trafen in der gefräßigen Nacht von der serbischen Grenze her ein. Ferner wird das Gericht vermeldet, daß die Albanen auch in Novibazar ein Serbenmassaker planen. Zahlreiche serbische Familien aus Senjica und Veljopolis flüchten nach der serbischen Grenze. Diese Nachrichten haben hier diese Erregung hervorgerufen. Die Zeitungen fordern die Regierung auf, zum Schutz der Stammesgenossen energische Maßnahmen zu treffen. Am morgen wird eine große Volksversammlung vorbereitet. — Das Regierungsbüro schreibt: Die heile Bevölkerung unserer Stammesgenossen in der Türkei mußte in Serbien Erbitterung gegen den Staat hervorrufen, der unfähig ist, seine Staatsangehörigen zu schützen. Serbien, das durch Blutsbände verpflichtet ist, über das Schicksal seiner Stammesgenossen zu wachen, wird ohne Verteilung, aber auch ohne Rücksicht seine Schuldigkeit tun. Die Türkei wird für die gefallenen Opfer entweder volle Genugtuung leisten oder die Folgen ihrer Unfähigkeit auf sich nehmen. — Gestern spät abends veranstalteten Universitätstudenten eine große Demonstration in allen Hauptstädten, an welcher auch zahlreiche Bürger teilnahmen. In den hierbei gehaltenen Reden wurde zum Schutz der Stammesgenossen in der Türkei die sofortige Bildung einer starken Regierung gefordert. Vor dem Offizierscasino, wo sich viele Offiziere eingefunden hatten, wurde eine Kundgebung für die Armee veranstaltet.

Bulgarien regt sich.

Sofia, 26. August. Hier ist ein etwa 500 Delegierte aus dem ganzen Königreich umfassender Kongress zusammengetreten, um über Maßnahmen zur Befreiung des Schicksals der Bulgaren in der Türkei zu beraten. In den auf dem Kongress gehaltenen Reden wurde die Notwendigkeit betont, daß Bulgarien zugunsten seiner Landsleute energisch einschreite, um ihnen normale Lebensbedingungen unter dem autonomen Regime zu sichern. Der Kongress nahm sodann eine Resolution per Affirmation an, welche die Regierung aufforderte, angelehnt an die Vernichtung des bulgarischen Elementes abzielenden Behandlung der Bulgaren in der Türkei eine allgemeine Mobilisierung anzurufen und gleichzeitig von den Mächten zu verlangen, daß sie Moldawien und dem Mästret Adrianopel die Autonomie verschaffen mit einem christlichen Generalgouverneur an der Spitze, der vom Volke zu wählen und von den Mächten zu bestätigen wäre. Im Falle der Nichterfüllung dieser Postulate wird die Regierung aufgelöst, die Befreiung aufzupredigen, wenn sie nicht unberechenbare Folgen im Lande selbst herausbeschövren wolle. Während der Verlesung der Resolution erschien, lebhaft davor, eine Abordnung der mazedonischen Verbände, in deren Begleitung sich die Kongreßteilnehmer nach Schluß des Kongresses, gefolgt von einer zahlreichen Menschenmenge, zum Denkmal des Zarbretters begaben, wo ein Krans niedergelegt wurde. Auf dem Wege dahin wurde die italienische Gesandtschaft lebhaft attackiert.

Gewerkschaftsbewegung.

Organisationszerrüttung an der Arbeit.

Ein trauriges Bild in der Geschichte der Arbeitersbewegung Plauens bot, wie uns geschrieben wird, die Protestversammlung der Textilarbeiter, die am Sonnabend dort im Schülzenhof stattfand. Einherzuftuften war sie von einigen verärgerten Textilarbeitern, die sich — mehr oder weniger unbewußt — zu einer recht trüben Tat haben gebrauchen lassen. Zweit der Versammlung war Grillenburger, ein Vertreter der Lokalorganisation der Textilarbeiter Plauens. Obwohl den Organisationsständern für ihre Zwecke vom konservativen Vogtländischen Anzeiger tüchtig Vorwurf geleistet worden war, in der letzten Woche wurden jeden Tag „Entführungen“ gebracht und so für die Versammlung Propaganda gemacht hatten sich doch kaum 250 Personen eingefunden. Der konservativ vom Zentralvorstand von seinem Posten abgesetzte Geschäftsführer Uhlich, der auch aus der Partei ausgetreten ist, um unbehinderter seine Rolle spielen zu können, war der Hauptmacher der sogenannten Opposition. Er schmähte die Organisationsleiter am kräftigsten, mimte auch den Referenten für Gründung einer Sonderorganisation. Wer

in der Versammlung war und einigermaßen Menschenkenner ist, der merkt in bezug auf die Person Uhlich sofort, daß diese Person zu jeder die Arbeiterbewegung schädigenden Tat fähig und bereit ist, und daß hinter ihm außerhalb der Arbeiterbewegung stehende Personen wirken.

Die Versammlung nahm aber ein für Uhlich und seine Hintermänner lästiges Ende. Der erste Redner erzählte in noch immerhin sachlicher Art Räubergeschichten von Angestellten des Textilarbeiterverbandes, nur Uhlich ist ein unschuldiges Lämmlein. Uhlich operierte anders; er glaubte eine sensationslüste Menschmasse vor sich zu haben, die er damit für sich und seine traurige Mission gewinnen wollte, daß er die an der Zeitung des Textilarbeiterverbandes stehenden Personen in der gemeinsten Weise beschimpfte. Ausdrücke, wie Halunken, Schuftu usw. sprudelten nur so aus seinem Mund. Eindruck aber macht steiner, der nur schimpft, und so war es auch mit den Reden Uhlichs.

Wichtiger war schon der zweite Tagesordnungspunkt: Gründung einer unabhängigen Volksorganisation der Textilarbeiter Plauens. Hierzu führte der „Referent“ Uhlich aus: Die Organisation müsse auf sozialdemokratischer Grundlage stehen wie die Wiesenthaltsche Organisation (!); sie müsse unabhängig vom Textilarbeiterverband sein, nicht mit diesem, aber neben diesem marodieren. Streikbrecher dürfen die Mitglieder nicht machen. Die finanzielle Frage müsse zwar erwogen werden, doch ihm, dem Referenten, mache sie keine Schwierigkeiten; bei sparsamer Wirtschaft könnte eine Lokalorganisation ganz gut bestehen, das beweise die Wiesenthaltsche Metallarbeiterorganisation und die Lokalorganisation der Textilarbeiter in Chemnitz, die zum Vorgesetzten der Zentralleitung immer noch besteht. Er sei nicht direkt für eine Sonderorganisation, aber die Plauener Kollegen sollten doch eine solche gründen; sie sollten sich nicht länger unter die Berliner Potentaten (?) beugen und sich deren Korruption unterordnen. Im Zentralverband hätten die Mitglieder nur Pflichten, aber keine Rechte.

In der Diskussion wurde die Komödie zu einer Tragödie. Schon beim ersten Punkte mußte Uhlich den Vorwurf auf sich nehmen, daß er den Vogtländischen Anzeiger zu seinem Publicationsorgan ausgewählt habe und daß er das Sachsische Volksblatt schneide. Er verteidigte sich damit, er nehme an, daß Volksblatt werde keine Berichte von ihm aufnehmen. Dabei hat der Mann bis in die letzte Zeit das Volksblatt mit Notizen geradezu bombardiert, um eine Nebeneinnahme zu haben. Dem Geschäftsführer der Bauarbeiter, Genossen Schnrich, der mit in die Debatte gezogen worden war und das Wort zur Richtigstellung haben wollte, wurde bedeutet, daß nur Textilarbeiter anwesend sein dürften und nur solche das Wort belämen. Der Vorsitzende forderte ihn zweimal auf, sofort den Saal zu verlassen. Der deswegen entstandene tumult — Genosse Schnrich wurde hinausgedrängt — machte auf längere Zeit ein Weiterverhandeln unmöglich. Der Vorsitzende, der Genosse Schnrich, so energisch zum Verlassen des Saales aufgefordert hatte, gab dann plötzlich das Wort dem Leiter der Lokalorganisation der Metallarbeiter in Leipzig, Herrn Helmreich, der zufällig (!) in Plauen war und den Anwesenden den Wert der Wiesenthaltschen Lokalorganisation erläutern wollte. Wohl jedem Versammlungsbetreuer war es klar, daß diese Geschäftsführung des Vorsitzenden nicht nur höchst parteitisch, sondern auch die ganze Geschichte vorher zurechtgedreht hatte. Im Gewerkschaftshaus, wo Helmreich vor der Versammlung war, hatte er zu den dort anwesenden Genossen gesagt, daß er vom Leipziger Gewerkschaftsrat nach hier geschickt worden sei, um sich über die in Plauen abspielenden Vorgänge zu unterrichten. Was er in der Versammlung ausführte, war von wenig Belang. Er redete der Wiesenthaltschen Organisation das Wort und wünschte, daß in Plauen die Gründung einer Lokalorganisation stattfinde. Er würde es begrüßen, wenn sich die Arbeiter hier etwas mehr zur Freiheit emporkämpfen würden, sie verschafften sich dann mehr Ansehen und Rechte.

Nunmehr brach aber bei der Mehrheit der Anwesenden über die parteiliche Geschäftsführung des Vorsitzenden ein Sturm der Entrüstung aus. Stürmisch wurde verlangt, daß dem inzwischen wieder im Saale erschienenen Genossen Schnrich ebenfalls das Wort gegeben werde. Helmreich mußte manchen Anwurf, wie Spiegel, Streikbrecherorganisation usw. über sich ergehen lassen. Der Vorsitzende wurde gezwungen, Schnrich das Wort zu erteilen. Doch kam es dazu nicht. Der Vorsitzende erklärte nämlich einen abgelehnten Antrag: die Wahl einer Kommission zur Gründung einer Sonderorganisation betreffend, für angenommen, mit der sonderbaren Begründung, daß sie sich von andern Personen in ihrem Vorhaben nicht stören lassen. Er erklärte die vorher dazu bestimmten Personen für gewählt und die Versammlung für geschlossen, noch ehe Genosse Schnrich zu Worte kam und über zwei eingereichte Resolutionen abgestimmt worden war.

Im Laufe der Versammlung wachten sich die Eigenbröder mehr und mehr klar geworden, daß für die Gründung einer Lokalorganisation kein günstiger Boden da war. Wäre über die Gründung einer solchen eine Abstimmung erfolgt, der Neinfall wäre ein arger gewesen. Man merkt es ganz deutlich: nur Uhlich und noch zwei oder drei Personen arbeiten zielbewußt auf eine Organisationszerrüttung der Textilarbeiter hin. Die übrigen Oppositionellen waren ja bisher austrichtige Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die jahrelang für den Ausbau straffer Arbeiterorganisationen mitgearbeitet und jeden Zerplittungsgedanken weit von sich gewiesen haben. Sie sind aber augenblicklich in verärgerte Stimmung, sind mit einigen Maßnahmen der Organisationsleitung nicht einverstanden und wissen ihren Vorgesetzten nicht anders zum Ausdruck zu bringen, als als Anhänger der paar wirklichen Organisationszerrüttter gebrauchen zu lassen. Es war ihnen sichlich anzumerken, wie lieb es ihnen war, daß die Versammlung ein Ende nahm, ohne daß die Gründung einer Sonderorganisation anstande kam. Wohl wird die Lokalorganisation erstehen, aber fest steht, daß sie wohl nicht mehr als ein Bäckerduzhend Mitglieder zählen wird. Die Gewerkschaftsorganisation ist in den letzten drei Jahren in Plauen mächtig emporgeblüht, die Mitgliederzahl ist von 3000 auf über 15000 gestiegen. Allein die Organisation der Textilarbeiter zählt 5000 Mitglieder. Die Unternehmer müssen mit dieser starken Organisation rechnen, und da kommen ein paar Querläufe und fördern die bisherige Einigkeit. Dass aus der neuesten Organisationszerrüttung nichts wird, dafür sorgt der alte Sinn, der in der Arbeiterschaft steht.

Leipzig und Umgebung.

Fleischermeister als Vormund der Gesellen.

Seit einiger Zeit weisen Fleischermeister jedem, der im Verdacht steht, dem Zentralverband der Fleischer anzugehören, die Tür. So ist es vorgekommen, dass Fleischermeister in Lindenau, die selber nur als Mieter wohnen, Leute aus dem Hof und in der Hausschlur aufgesordert haben, sofort das Grundstück zu verlassen, andernfalls sie Anzeige wegen Haussiedensbruchs (11) erstatten wollten. Doch Herr Dötsch in Gohlis, Blumenstraße 39, verhinderte den Kampf gegen den Zentralverband noch besser. Als dort der Vertrauensmann des Verbandes hinkam, um einmal mit den Gesellen zu sprechen, wollte er durchaus wissen, was der Vertrauensmann von den Gesellen wünsche. Als ihm dies nicht gesagt wurde, schrie er den Vertrauensmann an, er solle machen, dass er rauskomme! Als ihm entgegengehalten wurde, dass er doch nicht der Vormund seiner Gesellen sei, meinte der wadere Meister: Ja wohl, in solchen Sachen bin ich der Vormund!

Eine schöne Blüte des Kost- und Logiswanges.

Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Die Militärverwaltung gegen das Koalitionsrecht der Militärarbeiter.

Wie die Militärverwaltung das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht der Staatsarbeiter respektiert, zeigt folgender Fall, der aus Straßburg i. C. gemeldet wird. Am Freitag, den 18. August verlesst der Major des Beliebungsamtes den Militärarbeitern eine Verfügung des Kriegsministeriums, dass der Militärarbeiterverband und sein Organ in letzter Zeit eine bayerische und aufreizende Bedeutung an den Tag gelegt habe, die darauf hinziehe, den Frieden und das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Behörde zu stören. Das Organ halte immer und immer wieder den Arbeitern die schlechte Entlohnung vor Augen. Namentlich der Artikel in Nr. 9 des Verbandsorgans sei hoherer Tendenz. Die Arbeiter würden deshalb vor diesem Verbande gewarnt. Der Major betonte dann noch persönlich, dass die Arbeiter eigentlich zufrieden seien, denn es käme sehr wenig Wechsel im Arbeitsverhältnis vor. Diejenigen Arbeiter, die im Ortsvorstand der Sektion Straßburg sind, würden darauf aufmerksam gemacht, dass Personen, die sich im Sinne des Verbandes betätigen, im Staatsbetrieb nicht gebüdet würden.

Einen weiteren Verstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter leistete sich die Militärverwaltung des Artilleriedepots und der Artilleriewerkstatt mit Hilfe der Polizei. Die Ortsverwaltung Straßburg hatte zu Donnerstag, den 22. August, eine Mitgliederversammlung einberufen. Die Verteilung der Einladungen sollte durch ein Abstempeln erfolgen. Die Polizei verwirgte jedoch die Abstempelung eines Zeitels, der dann als polizeiliche Genehmigung dienen sollte. Außerdem erfuhr die Militärverwaltung von der geplanten Versammlung und ließ rasch die Arbeiterauschüsse zu sich kommen, denen sie den Auftrag gab, im Namen der Verwaltung vor dem Besuch der Versammlung zu warnen.

Die Folge ihrer arbeiterfeindlichen Tätigkeit wird die Herren allerdings einigermaßen erstaunen machen. Die vergewaltigten Staatsarbeiter werden ja geradezu mit der Nase auf die Tatsache gestoßen, dass ein noch so friedliches Auftreten gegen die Militärverwaltung zu keinem Erfolg führt. Sowie sie ihre wirtschaftliche Lage auch nur um etwas verbessern wollen, werden sie ihrer Rechte beraubt, genau so, wie in den reinsten Scharfmacherbetrieben.

In der Spezialsfabrik von Halberstädter Würschen, Heine u. Co. in Halberstadt,

die ihre Produkte in ganz Deutschland umsetzt, sind Differenzen ausgebrochen. Die zuständige Organisation, der Zentralverband der Fleischer und Gewerkschaften Deutschlands hat im Auftrage der Beschäftigten der Firma einen Tarifvertrag unterbreitet, der eine Lohnaufstellung von 1.20 bis 2 Mk. pro Woche fordert. Des Weiteren wurde gefordert die Einhaltung der in der eigenen Arbeitsordnung des Betriebes festgelegten Arbeitszeit, ferner einige Tage Ferien, sowie Anerkennung der Organisation.

Was war nun die Antwort auf diese beschiedenen Forderungen? — Die pläne Ablehnung jeder Verhandlung über den eingereichten Tarif. Bemerkte man dabei werden, dass die Firma mit circa 400 Beschäftigten die größte Fabrik dieser Branche ist, und trotzdem ist in ihrem Betriebe die längste Arbeitszeit von allen Halberstädter Würsfabriken, nämlich 10 Stunden und 55 Minuten, also fast 11 Stunden. Auch der Lohn ist bei dieser Firma mit am schlechtesten von allen Fabriken erhalten, doch verherrigte Arbeiter nur 18 Mk. Lohn pro Woche ohne Rott. Gelernete Fleischergesellen werden zum Teil noch mit 20 und 22 Mk. pro Woche entlohnt, ohne Rott und Logis. Ein Lohn, der im ganzen Fleischergewerbe seinesgleichen sucht. Die Firma hat weiterhin verstanden, zu den Arbeiten, die in anderen Würsfabriken von Gesellen verrichtet werden, Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren heranzuziehen, denen sie mit wenigen Ausnahmen den berechtigten Lohn von 7 bis 9 Mk. pro Woche zahlt.

Infolge der schlechten Entlohnung und der langen Arbeitszeit wird das Geschäft für die Firma riesenhafte Gewinne ab. Trotzdem lehnt die Firma jede Verhandlung über diese beschiedenen Forderungen ab. Ihr ist es vollkommen gleichgültig, dass die Lebensmittel in den letzten Jahren um 50 Proz. gestiegen sind und ob ihre Arbeiter infolge des niedrigen Lohnes hungrig müssen, wenn nur ihr Profit dabei gemacht wird, das ist für die menschenfreundliche Firma die Hauptfache.

Es ist daher ersichtlich, dass die Firma die organisierten Arbeiter in ihrem Betriebe ein Grauel sind, weil sie eine Verbesserung der Verhältnisse erstreben. Der Organisationsleitung hat der bekannte allmäsig Wind eine Entlastungslösung angeboten, in der bei der Firma gewissenhaft registriert wird, warum die Entlassungen aus dem Betriebe erfolgt sind. Wir finden da in der Firma eine Menge Arbeiter, die aus folgenden Gründen entlassen worden sind: "Wegen Sozialdemokratie", "wegen Aufzweigelung seiner Mitarbeiter" usw. usw.

Die Organisation kann sich selbstverständlich mit dem ablehnen den Bescheide der Firma nicht zufrieden geben. Ist der Firma ein Kampf lieber, als die Gewährung und die tarifliche Regelung der beschiedenen Forderungen der Arbeiter, so ist das ihre Sache. Die Firma setzt ihre Produkte zum großen Teil in Arbeiterkreisen in fast allen Städten Deutschlands ab; ändert sie ihre Stellungnahme nicht, dann dürfte der Kampf unabdinglich sein und die organisierte Arbeiterschaft wird um Unterstützung aufgerufen werden.

Zentralverband der Fleischer.

Arbeiterfreundliches aus der Sächsischen Malzstofffabrik.

In der Sächsischen Malzstofffabrik zu Wilsch-Bumsdorf, Inhaber: Hugo Röhl zu Altenburg (S.-A.), haben sich seit Eintritt des Geschäftsführers Börner Verhältnisse herausgefunden, die für die dort Beschäftigten geradezu als unmöglich und unerträglich empfunden werden müssen. Geschäftsführer Börner ist in seinem Auftrage den Beschäftigten gegenüber oftmals unbeschreibbar; bei jeder Gelegenheit wird gedroht: Ich werfe die ganze Bande raus! Ausdrücke, wie z. B. Bande, Sauwände, bekommen die Arbeiter recht oft zu hören. Beim wurden einer geringfügigen Sache halber die Arbeiterinnen sogar Schläge gekämpft. Herr Börner zur Seite steht der zum Obermöller avancierte Herr Städler; dieser sieht seine Hauptaufgabe darin, jedes aufgegriffene Wort und jedes Kleingeld dem Geschäftsführer zuzutragen. Ob er auch seine Befehlungen gewissenhaft notiert und weitermelbt, wird häufig bezweifelt. Alle diese Melbungen werden vom Geschäftsführer Börner an Herrn Röhl nach Altenburg berichtet, und so bildet sich bei Herrn Röhl die Ansicht, dass die Arbeiter nur darauf bedacht sind, ihn zu schädigen und seine Vertragspartner.

zu ärgern, so dass Herr Röhl den Arbeitern von vornherein wenig Aussicht auf eine gerechte Beurteilung der Beschwerden gegen die Vorgesetzten bietet. Herr Röhl stellt sich auch vollständig auf die Seite dieser Herren, er lässt es sogar zu, dass der Geschäftsführer Börner in seinem (Röhl's) Besitz die von Organisationsteilnehmern vorgebrachten Beschwerden als trivial und läge bezeichnet. Geschäftsführer Börner weiß aber auch sonst, was er einem Betriebe schuldig ist, woselbst Surrogate hergestellt werden, die ausschließlich in Arbeiterkreisen und nicht von den oberen Schichten ausgenutzt werden. Werde da lediglich ein jüngerer Arbeiter eingestellt, wobei Herr Börner sich verpflichtet fühlt, ihm eine Antrittsrede zu halten, die dahin auslangt, dass im Betriebe Leute vorhanden seien, die sozialdemokratische Tendenzen vertreten; denen sollte er sein Ohr nicht leihen. Nun, Herr Börner, Sie würden sich als Geschäftsführer einer Malzstofffabrik überhaupt überflüssig machen, wenn alle die, die sozialdemokratische Tendenzen vertreten, sich des Malzstoffes aus der Sächsischen Malzstofffabrik enthalten wollten. Herrn Röhl wäre zu raten, dass er zu sorgen, dass den beiden Herren selbstig das Handwerk gelegt wird und die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht erst durch fortwährende Beschimpfungen und Schikanen zum Neuersten getrieben werden.

Verband der Brauerei- und Mälzenerbeiter u. verw. Berufsaen. Bezirk VI, Leipzig.

Zum Streik in der Kartonagenindustrie in Annaberg-Buchholz-Gehma. In der erzgebirgischen Unternehmerpreise wird der Streik so dargestellt, als wenn die Arbeiter aus reiner Lust zum Streiken hätten sich zu weitgehenden Zugeständnissen bereit erklärt. Der Streik wird befannlich wegen Begehung der Akkordarbeit geführt. Die „weitgehenden Zugeständnisse“ der Unternehmer sind aber so, dass die Arbeiter absolut nichts Festes in der Hand haben. Auf allgemeinen Redenarten hin, die von den Unternehmern jede beliebige Deutung erfahren können, sollen sie einen vier Jahre geltenden Tarifvertrag abschließen. Das lehnen sie jedoch ab. Falsch ist auch die Behauptung der Unternehmerpreise über die Zahl der Streikenden. Es stehen in der Mehrzahl der Betriebe 50 Proz. der Arbeiter im Ausstande. Für die Unternehmer wäre es ein leichtes, die mit 14 bis 20 Mk. Wochenlohn abgespeisten Akkordarbeiter aufzieden zu stellen.

Aus der Polnischen Berufsvereinigung. Die Handwerkerabteilung der Polnischen Berufsvereinigung hat in allerneuester Zeit einen besonderen Ausschuss zur Organisierung der polnischen Kellner, Köche und Helferleute im Gastwirtschaftsgewerbe errichtet. Die Tätigkeit dieses Ausschusses soll zunächst die Provinz Posen, Ost- und Westpreußen sowie Schlesien umfassen. Ein unentgeltliches Arbeitsnachweisbüro zur Stellenvermittlung von polnischen Gastwirtschaftshelfern ist zugleich errichtet worden.

■ ■ ■ In der Zigarettenfabrik Nestor Ginals Frankfurt a. M. sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma verfügt bedeutende Wohnabzüge in ihrem Betriebe durchzuführen. Da die Arbeiter sich davon aufschließen, wurden schon acht Arbeiter gemahngelt. — Vor Zugang von Zigarettenmätern nach Frankfurt a. M. wird dringend gewarnt.

Ausland.

Die Tegularbeiterbewegung in Prag.

Bekanntlich ist den separatistischen Gewerkschaftssplittern, die zuerst während der Verhandlungen die Arbeiter aus einigen Fabriken heraustrugen, vor der Aussperrungsdrohung der Unternehmer bangt geworden, und sie haben bald die Parole aus: Wieder in die Fabriken! Die Arbeiter aber hatten inzwischen, wohl auch durch Scharfmacheren im Unternehmerlager erbittert, in immer mehr Fabriken die Arbeit eingestellt, und wer die Arbeit nicht einstelle, wurde ausgesperrt, so dass alle Betriebe stillstehen und Lehntaufende Arbeiter steuern. Die Vorrichter in den Webereien und Färbereien beschlossen, keine Stoffberearbeitung mehr zu leisten. Gegen einige von ihnen, die sich daran nicht lehrten, wurde am Freitag auf den Straßen militärisch demonstriert. Bezeichnend für die unseligen Zustände in der Arbeiterbewegung des tschechischen Gebiets in Österreich (die Weber des „deutschen“ Brünn sind großenteils Tschechen) ist, dass die Separatisten mit den Christlichen und Nationalsozialisten ein Streikkomitee bilden, und dass sie sogar, nach einer Meldung der Wiener Arbeiterzeitung, die Behörden im Widerspruch mit der Wahrheit dahin informieren, dass die Separatisten an der Aussperrung schuld seien.

In der Presse der tschechisch-socialdemokratischen Gewerkschaftsseparatisten werden jetzt Äußerungen außersterritorialer Sozialisten zugunsten der Gewerkschaftssplitter veröffentlicht. Nun haben kurz hintereinander die Genossen Dr. Racomsky-Kundan und Redakteur Kamppfner-Wünch in „Kundan“ am unser Wiener Parteiorgan, die Arbeiterzeitung, erklärt, dass sie die ihnen zugeschriebenen Äußerungen gar nicht getan haben!

Kein Generalstreik im Hafen von Genua.

Rom, 25. August. Die im Ausland verbreitete Nachricht, dass die Arbeiterschaft des Hafens von Genua in den Generalstreik treten werde, ist durchaus tendenziös. (Wir hatten die Meldung nach dem W. T. B. wiedergegeben. Red. d. W. T. B.) Allerdings ist die organisierte Arbeiterschaft in hohem Maße mit der Lösung unzufrieden, die das Konfront der Frage des Turnus der Schauete geben will, aber von einem schon jetzt auf Tag und Stunde festgesetzten Generalstreik ist nicht die Rede, wenn auch einige Unternehmertreize Interesse haben, berartige Nachrichten zu verbreiten.

Bon Bon und Fern.

Wieder eine Landungsbrücke zusammengebrochen.

Malchow (Mecklenburg), 20. August. Gestern nachmittag brach in der Nähe von Malchow eine Landungsbrücke ein, als ein Dampfer anlegen wollte. Mehr als zwölf Personen stiegen ins Wasser, wurden aber alle gerettet.

Einsturz eines Kalkofens.

Innsbruck, 26. August. In Seile bei Borgo stürzte ein Kalkofen ein, während Arbeiter mit dem Auskühnen beschäftigt waren. Drei Arbeiter wurden von den Trümmern begraben, zwei wurden getötet, der dritte schwer verletzt. Ein vierter Arbeiter wurde bei den Aufräumarbeiten vor Aufrug vom Herzschlag getroffen. Er starb in wenigen Augenblicken.

Viebedroßdien.

Düsseldorf, 26. August. Heute nachmittag erschoss der zwanzigjährige Fabrikhandwerker Koch aus Holthausen seine gleichaltrige Braut Seifla, die er von der Arbeitsstätte in Reichsholz abholte, und dann sie selbst.

Bielefeld, 26. August. Auf der Kirmes in Brackwehr wurde ein 10jähriges Mädchen von einem jungen Mann, mit dem es Beziehungen unterhalten hatte, während der Fahrt auf einem Karussell erstickt. Über die Tat werden folgende Einzelheiten bekannt: Die 10jährige Emma Becke, die mit dem gleichaltrigen politischen Arbeiter Anton Schaum ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, trennte sich vor einiger Zeit von diesem. Damit war aber Schaum nicht einverstanden und versorgte das Mädchen überall. Auch gestern folgte er ihr wieder, als sie auf dem Kirmesplatz ein Karussell bestieg. Während der Fahrt verlegte er dem Mädchen plötzlich einen Stich mit einem Messer, das er kurz vorher gefaut hatte. Er traf das Mädchen in die Halschlagader. Bevor Hilfe eintraf, war das Mädchen verblutet. Die Polizei wurde beschämt. Die Polizei, die Polizeibeamten, die ihn verhafteten, mußten ihn vor der Menge schützen.

Unwetter in Schweden.

Überall in Schweden sind gewaltige Regenmassen niedergegangen. Sie haben auf den Feldern kolossale Verwüstungen an-

gerichtet, wodurch ein Schaden von vielen Millionen Mark entstanden ist. Der Wasserstand in den Flüssen ist so groß wie nie zuvor. Das Wasser trat über die Ufer und führte große Überflutungen und Brüder fortgerissen. Unter diesen Umständen steht es mit der Ernte trübe aus. Selbst in Schonen, der Korn- und Fruchtkammer Schwedens, sind die Aussichten schlecht. Es steht noch viel Regen auf den Feldern, Weizen ist erst wenig eingeschlagen. Auch Hafer ist erst zum Teil geerntet. Er droht zu verderben.

Eisenbahnglücks.

Auf der Linie von Mailand nach Gallarate hat ein Zug zusammenstoß stattgefunden. Ein Expresszug kam bei einer Gleisbiegung mit einem vorüberfahrenden andern Zug zusammen. Ein Wagen entgleiste. Acht Personen wurden getötet; sämtliche andern Insassen haben schwere Verletzungen erlitten. Der Führer des Zuges ist vor Schreck irrein geworden.

Großfeuer in Konstantinopel.

Konstantinopel, 27. August. Über das gestern ausgebrochene dritte Großfeuer in vier Tagen läuft sich das Berliner Tageblatt melden: Der Ort des Brandes ist diesmal das Stambulviertel Tachatale, das durch die Fabrikation türkischer Bernsteinrosenkränze bekannt ist. 100 Häuser, 80 Läden, 3 große Moschee und eine Moschee sind niedergebrannt. — Wie dem Volksanzeiger gemeldet wird, wurden durch das Feuer in vier Stunden etwa 200 Häuser, darunter ein 110 Zimmer fassendes Warenhaus, zerstört. Der Brand entstand durch Wegwerfen einer brennenden Zigarette.

Wassernot in England.

London, 26. August. Die Lage in den Ackerbaudistrikten wird infolge des unauflöslichen Regens immer ernster, da die Ernten in allen Teilen des Landes unter Wasser stehen. Die Landwirte einiger nördlicher Bezirke haben alle Hoffnung aufgegeben, die Bewerste zu retten. Die Eisenbahnverbindungen in Wales sind teilweise durch Überflutungen unterbrochen. In Manchester regnete es unaufhörlich seit 25 Stunden, in Cheshire seit 40 Stunden.

Hagelweiter.

Heiligenstadt, 26. August. Ein furchtbares Hagelweiter richtete auf dem Untereichselde großen Schaden an. Besonders die Tabaksfelder wurden verwüstet.

Schneefall in Ungarn.

Aus Karczog (Ungarn) wird gemeldet, dass es am Sonntag vormittag dort zu einem starken Schneefall kam.

Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Odessa, 27. August. Nachrichten aus Sebastopol zu folge sind dort in den letzten Wochen, gleich nach der Verschärfung des Belagerungszustands, über 60 Geheimagenten der politischen Polizei eingetroffen, die die Aufgabe haben, sich mit den Offizieren und Mannschaften der Schwarzmeerflotte anzustrengen und ihre politische Gestaltung auszuforschen. Den durchsichtigen Gerichten zufolge scheint die Hörung in der Flotte bedeutender zu sein, wie die Regierung zugestehen will. Die Depeschen- und Pressezensur wird mit großer Strenge gehandhabt. Auch die Briefe der Offiziere und Mannschaften sind einer genauen Durchsicht unterworfen.

London, 27. August. Wie die Morningpost aus Kingston meldet, herrscht unter der Bevölkerung Haft, die die Absicht hat, die Republik zu verlassen, großer Aufregung, weil die Regierung unter ihnen eine ganze Reihe Verhaftungen vorgenommen hat. Die Verhafteten werden beschuldigt, an der Ermordung des Präsidenten Leconte beteiligt zu sein.

Paris, 27. August. Die meisten Blätter enthalten sich jedes Urteils über die Ereignisse in Marokko und begnügen sich damit, die von dort eingehenden Nachrichten zu rezipieren. Der Figaro meldet, die Lage sei nicht gut, man müsse sich aber hüten, sie schlimmer zu sehen als sie sei. Der Matin erblieb ein schlimmes Zeichen in dem Abfall des Raids Anfang von der französischen Sache. Das Blatt schreibt: Wenn unsre Landsleute gefangen sind und wenn die leichten Depeschen uns einen unmittelbar bevorstehenden Kampf vorhersagen, so wirkt das gegenwärtig eingetretene Schweigen beängstigend.

Die France militaire schreibt: Wir verbeissen uns darauf, aus Marokko ein unter der einzigen Autorität des Sultans in Fez stehendes Zentralorgan zu machen. Es war im Prinzip eine Tochter von uns, dass wir diese Idee, die unsern ausgezeichneten Freunden in Berlin so lieb ist, angenommen haben. Wäre es nicht besser, wenn man irgend ein Mittel finden könnte, Marokko seine alte Physiognomie zu lassen? Ein Sultan in Fez, ein anderer in Marrakesch und große Vasallen hier und da würden vielleicht ein Gleichgewicht bilden, das leichter zu beherrschen wäre, wenn es auch für unser Auge, das die Einheit liebt, ein wenig harmonisches Bild gibt.

Paris, 27. August. Der türkische Großwelt Rupha Pascha hat einem französischen Journalisten ein Interview bewilligt, in welchem er sich über die albanische und die montenegrinische Frage, sowie über die Verhöldöche Anregung ausgesprochen hat. Zur letzteren Angelegenheit erklärte der Großwelt folgendes: Das System der übermächtigen Zentralisation des alten Systems hat Nihilistungen und Aufregung in den Balkanländern erzeugt. Die österreichische Negligenz, die bei unserm neuen Kabinett die Absicht erblieb, Ruhe herbeizuführen, hat geglaubt, dass die von dem Grafen Verhöld gegebene Anregung unmöglich sein könne. Österreich hat der Türke helfen und ihr den Eintritt auf den Weg der Verhöldigung erleichtern und alle Waffen in den Balkanstaaten verhindern wollen. Wir haben erwirkt, dass die Flotte Österreich für seine gute Absicht und für sein Wohlwollen dankbar sei, das sie über die Anregung ablehnt. Der Großwelt wiederholte dann zur Erläuterung zweimal folgenden Satz: Die Flotte würde jeden Vorschlag, der auch nur scheinbar die Autorität oder Unabhängigkeit in geringsten beeinträchtigt, als nicht vorhanden betrachten.

Washington, 27. August. Der Senat nahm einstimmig die Resolution Penrose an, durch die die Walfischdomänen beansprucht wird, eine Untersuchung über die finanziellen Transaktionen zwischen Penrose und dem Sektor, sowie über die von Penrose erhobenen Beschuldigungen, dass von Penrose für die bevorstehende Präsidentschaft

Auf zum Protest! 5 grosse Demonstrations-Versammlungen

Sonntag, den 1. September, vormittags 11 Uhr

in folgenden Lokalen:

Sanssouci, Leipzig

Friedrichshallen, L.-Connewitz

Schlosskeller, L.-Reudnitz

Schillerschlösschen, L.-Gohlis

Felsenkeller, L.-Plagwitz.

Tagesordnung:

Die gegenwärtige Steuerung.

Freie Ausprache hierzu.

Gewerkschafts- und Parzeigenossen! Diese Versammlungen müssen sich zu einer wichtigen Kundgebung gegen die agrarische Wirtschaftspolitik, gegen die profitierigen privakapitalistischen Interessengruppen gestalten. Frauen und Männer, erscheint deshalb in diesen Versammlungen.

Sorgt für Massenbesuch!

Ber Ausschuss des Gewerkschaftskartells und der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei Leipzigs.

17057*

J. A.: Karl Schröder, Leipzig, Friedrich-Ebert-Straße 12, II.

Sozialdemokrat. Verein 12 Kreis

Vereinskalender

Bezirk Süden.

Gruppe 1 Windmühlen-, Emilien-, Härtel-, Kramer-, Markthallenstr., Peterssteinweg u. Mühlgrasse.

Gruppe 2 Schleiter-, Albert-, Wächter-, Beethovenstraße und Münzgasse.

Freitag, den 30. August, abends 1/2 Uhr, im Restaur. "Tivoli", Windmühlenstr. 14/16, Sitzung.

Vortrag: Koalition. Referent: Gen. Staudinger.

Gruppe 23 Strandvorwerk-, Fode- und Liebstraße.

Montag, den 2. September, abends 1/2 Uhr, Gruppen-Sitzung im Restaurant Schubert, Kronprinzstr. 12. Referent: Gen. Staudinger.

Westen I.

Gruppe 5 Kolonadenstr., Alexanderstr. 1-29, 2-28, Weißstr. 1-35, 2-32, Dorotheenstraße und Dorotheenplatz.

Donnerstag, den 30. August, abends 1/2 Uhr, Sitzung im Restaur. Alexanderstr. 5 bei Philipp. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Ausprache. 3. Verabschiedenes. — Zu dieser Sitzung werden im besonderen alle Zeitungs-Utsträger mit eingeladen.

Der Gruppenführer.

Freitag, den 30. August, abends 1/2 Uhr

Gemeinsame Sitzung

Gruppe 4 Weißstr. 34-38, 37-39, Alexanderstr. 27-49, 34-48, Raistr., Mendelssohnstr., Seiten- und Promenadenstraße

Gruppe 6 Reichelstr., Auböllstr., Moritzstr., Zimmerstraße, Alter Amtshof und Rathausring im Restaurant Kohlräuber, Alexanderstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Ausprache. 3. Verabschiedenes.

Die Gruppenführer.

Zu diesen beiden Gruppen-Sitzungen bitten wir die bet. Genossen und Genossinnen um zahlreiche Beteiligung.

Die Vertrauensleute.

Bitte die Genossen, die noch Kinder- u. Sommerfeste färben abzurechnen haben, dies bis spätestens Freitag, den 30. August, in meiner Wohnung, Sebastian-Bach-Straße 48, III. L., zu tun. Der Vertrauensmann.

Der Handelsverein lädt am 28. bis 29. August Norden, 30. August bis 2. September Wesen II.

Partei-Beiträge sowie sämtliche Wk- und Abmel-

dungen werden vom Handelsverein Paul Boles, Hospitalstr. 18, IV. L., sowie jeden Tag (außer Sonntag), von abends 6 bis 10 Uhr, im Volkshaus, Saalgebäude Nummer Nr. 13, angenommen.

Sozialdemokrat. Verein 13 Kreis

Vereinskalender

Südost-Bezirk. Donnerstag, 29. August, abends 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung im Gasthof Neuendorf, Städtericher Str.

Der Bezirksvertreter.

Spielleiter!

Morgen Mittwoch, abends 1/2 Uhr

Zusammenkunft im Gasthof Thonberg.

Spanische Haushalte

kaufen nur

Helene-Briketts

bei

Benno Grimm

Tauchaer Str. 41.

17045*

Endlich

ein garantiert wirksames

Dauermittel gegen: unreine,

raue, rissige Haut, Hand-

und Fußschweiß.

Sein Laden.

17045*

Krankenpfleger Geuggis

Gaußstraße 2, Hinterh. I.

Münzgasse 6, part.

Leipziger Straße 115 in

Schönsfeld.

17045*

Achtung, Frauen!

Sämtl. hygienische Neu-

heiten, Frauen-Duschen,

Spülz. u. bei Fr. Löwe,

Schönsfeld, Dimpfelstr. 22, III.

Distr. Rote Straßenb. zu 5.

17045*

Fritz A. Lange

Größt. Fahrradhaus a. Plage

17045*

Elektrische Lichtbäder

81-, 12, 2-8, Sonntags 8-1,

Damenwochenabend 10-12, 8-6.

= Reparaturen billigst!

Bestferzeit 2-8 Tage

17045*

Schlosskeller, L.-Reudnitz

17045*

Schillerschlösschen, L.-Gohlis

17045*

Felsenkeller, L.-Plagwitz.

17045*

Lageordnung:

17045*

Die gegenwärtige Steuerung.

17045*

Freie Ausprache hierzu.

17045*

Sorgt für Massenbesuch!

17045*

Ber Ausschuss des Gewerkschaftskartells und der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei Leipzigs.

17045*

J. A.: Karl Schröder, Leipzig, Friedrich-Ebert-Straße 12, II.

17045*

Günstige Kauf-Gelegenheit!

Fach-Werke mit Tafeln und Modellen.

Der praktische Baugewerksmeister

2 Bände, gebunden

früher 30 Mark, jetzt 9 Mark.

Der praktische Maschinenbauer

2 Bände, gebunden

früher 30 Mark, jetzt 9 Mark.

Prakt. Maschinisten- und Heizerschule

2 Bände, gebunden

früher 30 Mark, jetzt 9 Mark.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Abt. Buchhandlung

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21

17045*

Gemeinsame Sitzung

Gruppe 4 Weißstr. 34-38, 37-39, Alexanderstr. 27-49,

34-48, Raistr., Mendelssohnstr., Seiten-

und Promenadenstraße

Gruppe 6 Reichelstr., Auböllstr., Moritzstr., Zimmer-

straße, Alter Amtshof und Rathausring

im Restaurant Kohlräuber, Alexanderstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Ausprache. 3. Ver-

abschiedenes.

Die Gruppenführer.

Zu diesen beiden Gruppen-Sitzungen bitten wir die bet. Genossen und Genossinnen um zahlreiche Beteiligung.

Die Vertrauensleute.

Bitte die Genossen, die noch Kinder- u. Sommerfeste

färben abzurechnen haben, dies bis spätestens Freitag,

den 30. August, in meiner Wohnung, Sebastian-Bach-Straße 48, III. L., zu tun. Der Vertrauensmann.

Der Handelsverein lädt am 28. bis 29. August

Norden, 30. August bis 2. September Wesen II.

Der Gruppenführer.

Freitag, den 30. August, abends 1/2 Uhr

Gemeinsame Sitzung

Gruppe 4 Weißstr. 34-38, 37-39, Alexanderstr. 27-49,

34-48, Raistr., Mendelssohnstr., Seiten-

und Promenadenstraße

Gruppe 6 Reichelstr., Auböllstr., Moritzstr., Zimmer-

straße, Alter Amtshof und Rathausring

im Restaurant Kohlräuber, Alexanderstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Ausprache. 3. Ver-

abschiedenes.

Die Gruppenführer.

Zu diesen beiden Gruppen-Sitzungen bitten wir die bet. Genossen und Genossinnen um zahlreiche Beteiligung.

Die Vertrauensleute.

Bitte die Genossen, die noch Kinder- u. Sommerfeste

färben abzurechnen haben, dies bis spätestens Freitag,

den 30. August, in meiner Wohnung, Sebastian-Bach-Straße 48, III. L., zu tun. Der Vertrauensmann.

Der Handelsverein lädt am 28. bis 29. August

Norden, 30. August bis 2. September Wesen II.

Der Gruppenführer.

Freitag, den 30. August, abends 1/2 Uhr

Gemeinsame Sitzung

Gruppe 4 Weißstr. 34-38, 37-39, Alexanderstr. 27-49,

34-48, Raistr., Mendelssohnstr., Seiten-

und Promenadenstraße

Politische Übersicht.

Die sozialpolitischen Anträge zum Parteitag in Chemnitz.
gh. Der diesjährige Parteitag hat eine außergewöhnliche Ausgabe: er soll die Sitzung unserer Partei den gegenwärtigen Verhältnissen mehr als bisher anpassen. Daher ist es begreiflich, daß sich die Parteigenossen im Lande in der Aussprache über den Parteitag ganz besonders mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben, und daß sich die meisten Anträge hierauf beziehen.

Darunter mußte die Sozialpolitik etwas leiden. Die Zahl der sozialpolitischen Anträge ist verhältnismäßig gering. Trotzdem können wir hoffen, daß der Parteitag auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik fruchtbare Arbeit leisten wird.

Unsere Genossen in München fordern eine Zeitschrift, die die Arbeiterversicherung und die Mitarbeit der Vertreter darin behandelt. In der Tat hat die Arbeiterversicherung eine große Bedeutung, es fragt sich nur, ob dazu eine neue Zeitschrift erforderlich ist. Für die große Massen der Parteigenossen kann und muß die Parteipresse das Notwendige bringen. Die Genossen aber, die in der Leitung der Arbeiterversicherungsanstalten tätig sind und sich besondere Kenntnisse des Versicherungswesens aneignen müssen, finden das, was sie brauchen, z. B. in der Vollständlichen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung, im Korrespondenzblatt der Generalkommission und seiner Arbeitsrechts-Zeitung sowie in Handbüchern und Fachzeitschriften.

Für alle in der Schifffahrt beschäftigten Personen soll der Parteivorstand nach einem andern Antrage eine Zeitschrift herausgeben. Wie aus dem Bericht des Parteivorstands zu erkennen ist, wurden auch im letzten Jahre wieder 60 000 Schiffer- und Fischerkalender unentgeltlich zur Agitation unter den Schiffen und Fischern abgegeben. Für die Schiffer und Fischer hat der Vorstand ein Flugblatt erscheinen lassen, das zum Eintritt in die politische Organisation und zum Halten der Arbeiterpresse aufforderte. Außerdem gibt der Transportarbeiterverband ein gut geführtes Fachblatt für die Seeleute heraus. Ob dieses Blatt auch den Bedürfnissen aller andern in der Schifffahrt beschäftigten Personen angepaßt werden kann, oder ob ein neues Blatt zweckmäßiger wäre, bedarf einer gründlichen Aussprache mit den beteiligten Genossen. —

Aus einer ganzen Reihe von Orten ertönt der Ruf nach mehr Aufklärungsarbeit unter den Privatangestellten. Auch für diese Arbeitsschicht spüren sich die gesellschaftlichen Gegenseite so zu, daß wir auf einen großen Zuspruch aus diesen Kreisen im Laufe der Zeit rechnen können. Aus diesem Grunde dürfen wir nichts in der Aufklärung der Privatangestellten versäumen. Jedoch müssen wir anerkennen, daß der Parteivorstand auch hier nicht müßig gewesen ist. Ist doch zur Unterstützung des Reichstagswahlkampfes ein Heft: „Handlungshilfen, technische Angestellte und Reichstagswahl“ in einer Auflage von 185 000 Stück verbreitet worden. Außerdem verbanden wir den beteiligten Gewerkschaften eine Fülle belehrender Aussprüche in ihren Verbandsblättern und wertvolle aufklärende Schriften. Schließlich können sachverständige Genossen in der Neuen Zeit und unsern Tagesblättern die auftauchenden neuen Tagesfragen besprechen, namentlich auch die Stellung der bürgerlichen „Standesfreunde“ zu den Privatangestellten. Wir müssen daher abwarten, welche neuen Anregungen auf dem Parteitag die Aussprache über die Agitation unter den Privatangestellten ergeben wird. —

In unsrer Reichstagsfraktion ist zunächst der Antrag gerichtet, im Reichstage „die Forderungen, das Recht auf die Arbeit betreffend“, zu beantragen. Leider fehlt hier die Hauptsache, nämlich die Angabe, welche dieser Forderungen eine bürgerliche Mehrheit erfüllen kann. Das gehört doch zu dem Wesen der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, daß der Unternehmer Arbeiter nur so lange beschäftigt, wie es seinem eignen Vorteile entspricht, und daß bei schlechtem Geschäftsgang die „überflüssigen“ Arbeiter arbeitslos auf die Straße geworfen werden. —

Dagegen verdient die Forderung Beachtung, daß zur Durcharbeitung größerer Gesetzesvorlagen geeignete Parteigenossen aus dem Reich auch außerhalb der Fraktion berufen werden. Bekanntlich hat dies unsre Partei bereits vor drei Jahren zur Bearbeitung der Reichsversicherungsordnung mit sehr gutem Erfolge getan. Nach dieser Erfahrung können wir wohl erwarten, daß so auch in Zukunft bei passender Gelegenheit verfahren wird. Dies wird namentlich bei der Beratung des neuen Strafgesetzbuchs zu beachten sein. —

Schließlich fordert ein Antrag, daß zu Beginn des nächsten Jahres eine allgemeine Bewegung zum Ausbau unserer Arbeiterschuhgesetzgebung angeregt werde. Um diese Zeit werden dem Reichstage gemäß der Zusage des Staatssekretärs des Innern mehrere sozialpolitische Vorlagen zu gehen. Außerdem sind viele weitere sozialpolitische Anlässe spruchreif: ein besserer Gesundheitsschutz für die Arbeiter, die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für männliche Arbeiter über 16 Jahre, die Regelung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft und der Haushaltung, die Beseitigung der Konkurrenzklause, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die Regelung der Rechtsverhältnisse für Angestellte im Rahmen eines allgemeinen Arbeitergesetzes, die Unfallversicherung der Feuerwehrleute, der Krankenpfleger und der Leute, die bei der Hilfe für einen von einer Lebensgefahr Bedrohten verunglücken, das Wohnungsgesetz usw.

Die im Zentralverband Deutscher Industrieller vereinigten Großkapitalisten haben aber bereits den ganzen Sommer hindurch gegen den Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung Stimmung gemacht, und namentlich die Nationalliberalen einzuschüchtern gesucht, damit sie zusammen mit den Konservativen und dem Zentrum jeden wirklichen Fortschritt auch in dem jetzigen Reichstage verhindern. Demgegenüber müssen sich die Arbeiter selbst führen. Wir müssen die gelähmte Arbeiterschaft aufrütteln, damit sie den bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit besserer Arbeiterschutzgesetze ins Gedächtnis zurückrufen.

So müssen wir alle Kräfte für unsre sozialpolitischen Forderungen einsetzen. Hierin wird unser Parteitag mit gutem Beispiel vorangehen. —

Deutsches Reich.

Die Fleischnot.

Das starke Steigen der Fleischpreise in der letzten Zeit wird durch die „amtlichen Preßberichte“ der letzten Statistischen Korrespondenz aufs nachdrücklichste bestätigt. Gegen die zweite Hälfte des Juli hat in der ersten Hälfte des August der Preis sämtlicher Fleischsorten erheblich angezogen. Das Rindfleisch stieg im Kleinhandel von 185,1 Pfsg. in der ersten Hälfte des Juli für das Kilogramm auf 189 Pfsg., also um fast 4 Pfsg.; es steht jetzt um 195 Pfsg. über dem Preise des Juli 1911 und um 33,1 Pfsg. über dem Juli 1909. Kalbfleisch hatte einen Preis von 198,7 Pfsg. gegen 196,4 Pfsg. in der zweiten Hälfte des Juli. Gegen den August v. J. liegt sein Preis jetzt um 13,4 Pfsg. gegen den August 1910 um 14,8 Pfsg. und gegen den August 1909 sogar um 25,1 Pfsg. höher. Hammelfleisch stieg auf 195,9 Pfsg. gegen 194,4 Pfsg. im Juli d. J., 183,5 Pfsg. im vorigen August, 174,3 Pfsg. im August 1910 und 169,6 Pfsg. im August 1909. Das Schweinefleisch endlich stieg sogar gegen die zweite Hälfte des Juli um 7,9 Pfsg. Es steht jetzt um 27,5 Pfsg. teurer als im August 1911. In den letzten drei Jahren ist der Preis von Rindfleisch, Kalbfleisch und Hammelfleisch um über 20 v. H. gestiegen, Schweinefleisch dagegen im letzten Jahre allein um fast 10 v. H. teurer geworden.

Also die amtlichen Berichte. Und dabei muß man erwägen, daß die amtliche Statistik über Lebensmittelpreise in Deutschland notorisch höchst unzuverlässig ist und die Tendenz hat, hinter der Wahrheit erheblich zurückzubleiben.

Die Feststellungen werden nach meiner einheitlichen Methode vorgenommen, so daß es fast unmöglich ist, die Angaben aus verschiedenen Orten miteinander zu vergleichen. Die Notierung der Lebensmittelpreise wirkt vielfach den untersten Polizeibeamten, also statistisch nicht geschulten Leuten, überlassen. Es ist daher kein Wunder, wenn die Preisbewegung am Lebensmittelmarkt in der amtlichen Statistik nur sehr mangelhaft zum Ausdruck kommt. Ein gutes Beispiel hierfür bieten die neuesten Veröffentlichungen des preußischen statistischen Landesamts zu Berlin über die Fleischpreise im Kleinhandel in der ersten Hälfte des Monats August 1912. Nach den amtlichen Berechnungen betrug der Preis für ein Kilogramm der nachstehend genannten Fleischsorten in preußischen Städten in Pfennigen:

1. Hälfte	Mind.	Kalb.	Hammel.	Schweine-
August	Rindfleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Schweinefleisch
1909	155,9	178,8	169,6	162,1
1910	168,1	183,9	174,8	162,1
1911	169,5	185,8	188,5	146,5
1912	189,5	198,7	195,9	174,0

Gegen die zweite Hälfte des Monats Juli 1912 wäre nach den amtlichen Berechnungen gestiegen: Rindfleisch um 3,9, Kalbfleisch um 2,8, Hammelfleisch um 4,5 und Schweinefleisch um 7,9 Pfsg. pro Kilo. Das sind gewiß ansehnliche Steigerungen in einer so kurzen Zeitspanne. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich sogar eine ganz bedeutende Versteuerung. Und doch kann man mit einiger Bestimmtheit behaupten, daß der wirkliche Grad der Teuerung in den amtlichen Ziffern bei weitem nicht in vollem Maße zum Ausdruck kommt. Nach privaten Mitteilungen, die für die erste Hälfte des Augustmonats aus den verschiedenen Teilen des Landes vorliegen, müßte man z. B. für Schweinefleisch auf einen viel höheren Detailpreis kommen. Nach den amtlichen Notierungen kostet Schweinefleisch von der Keule in den erwähnten 50 preußischen Städten durchschnittlich 193,4 Pfsg. pro Kilo. Nach privaten Mitteilungen geht der Preis fast nirgends unter 200 Pfsg. herab, meist stellt er sich auf 220 bis 240 Pfsg. In Berlin soll nach der amtlichen Statistik der Kleinhandelspreis für 1 Kilo Schweinefleisch von der Keule in der zweiten Hälfte des Monats Juli 1912 meist 180 Pfsg. betragen haben, im Juli sei er auf 175 Pfsg. herabgegangen, und in der ersten Hälfte des Monats August wieder auf 180 Pfsg. gestiegen. Es dürften sich nur wenige Hausfrauen in Berlin und Vororten finden, von denen die Angaben des preußischen Landesamtes als richtig anerkannt werden. Tatsächlich kostete auch in den verschiedenen Stadtteilen Berlins ein Kilo Schweinefleisch der bezeichneten Art 220 bis 240 Pfsg. Das bedeutet eine Abweichung um 40 bis 60 Pfsg. von der amtlichen Notierung. Wenn in dieser Weise Statistik gemacht wird, ist es gewiß kein Wunder, daß von der Regierung immer wieder erklärt wird, es gäbe gar keine Teuerung.

Gestüpte Demagogen.

Es ist eine alte Erfahrung, die kaum noch mit neuen Tatsachen belegt werden braucht, daß der Renegat in der Regel zugleich der schmückste und gehässigste Demagoge ist. In der Rolle des Renegaten, der, koste es was es wolle, seine eigene Vergangenheit verleugnen möchte, befindet sich zurzeit das Zentrum. Seitdem es im Reich als getreuer Schildknabe der Junker in die Regierungsmehrheit eingerückt und in Bayern die Regierung selbst in die Hände genommen hat, sucht es die Junker und Großkapitalisten an blöder Scharfmacherei und rüder Heze gegen die Sozialdemokratie womöglich noch zu übertrumpfen. So auch dieser Tage wieder im bayrischen Landtag, wo der Zentrumsjunker v. Frankenstein gegen den Kriegsminister eine wildende Attacke riß, weil ihm dieser noch nicht sozialistfeindlich genug war. Wir haben über die Vorgänge, die schließlich mit einem Rückzug des Zentrumsredners endeten, bereits berichtet und kommen darauf nur deshalb nochmals zurück, weil bei den damaligen allgemeinen Stimmungsberichten eine besonders bemerkenswerte Episode nicht genügend gewürdigt werden konnte. Auf die Aufforderung des Junkers Frankenstein, in der Armee die Sozialdemokratie aufzusärfen, plauderte nämlich der sozialdemokratische Abgeordnete Körner folgende Interna über das einstmalige schwärz-rote Wahlbündnis in Bayern aus:

Bei uns in der Pfalz, wo das Zentrum noch vor einigen Jahren bei den Wahlen mit und gegangen ist, wundert man sich darüber, daß jetzt die Sozialdemokratie auf einmal so bitterböse Kerle geworden sein sollen. Ich will Ihnen doch ein Pfälzer Geschichte erzählen! (Große Heiterkeit.) Es war im Jahre 1905, als wir mit dem Zentrum in der Pfalz wegen Schaffung eines neuen Wahlgesetzes ein Kompromiß für die Landtagswahlen geschlossen haben. Auch im Wahlkreis Germersheim wurde ein solches abgeschlossen — Herr Spindler sitzt ja noch da! (Große Heiterkeit.) Da haben

wir uns zur Verabredung nach Mannheim hinübergezichtet und in einer Weinstube förmlich amüsiert! (Große Heiterkeit.) Unter den auf Grund des Wahlsommens gewählten Wahlmännern waren Staatsbeamte, Geistliche (Sturmische hört!), Kriegervereinsvorsitzende (hört, hört!), der spätere Bürgermeister von Germersheim — ein pensionierter Oberstleutnant (hört, hört!). Damals hat sich aber niemand vom Zentrum entzweit! (Sehr gut!) Ja, als die nationalliberalen Speyerer Zeitung aufgebrachte, da hat ihr Dr. Jäger kräftig in die Suppe gesetzt, weil sie es wagte, in das Wahlverfahren einzutreten und Offiziere anzurufen. (Hört, hört! und Schallende Heiterkeit links.) Der jetzige Münchner Erzbischof war auch dabei damals in Mannheim! (Große Heiterkeit.) Er hat sich auch gar nicht geniert und auch, nachdem er schon Erzbischof geworden, mir bei einer Besichtigung einmal recht herzlich die Hand gebracht. (Schallende Heiterkeit.) Und jetzt auf einmal diese Entrüstung!

Und Genosse Rosshaupt ergänzte diese Reminiszenzen weiterhin:

Ich erinnere an die Reichstagswahlen 1907. Damals war es das letzte bayerische Regierungsorgan, der Bayrische Kurier, der am 2. Februar 1907 die Wahlwahlparole des Zentrums veröffentlichte und dazu aufforderte, in München I, Erlangen und Fürth dem Sozialdemokraten die Stimme zu geben! (Hört, hört!) Es hieß: „Wählt in München I Alte!“ Die Erzbischöfe von München-Freising und Bamberg waren damit nicht einverstanden. Der Bayrische Kurier hat deshalb gegen die Erzbischöfe fulminante Artikel gebracht. (Muse links: Aus lauter Schreibfetzen!) Unglückliches sei geschehen; die beiden Metropolen seien herabgestiegen in die Arena des politischen Wahlkampfes. (Große Heiterkeit links.) Sie hätten die Geistlichen in ihrem Wahlrecht beeinflußt. (Sturmische Heiterkeit.) Sie hätten ihrer Würde und dem Vertrauen des Volkes geschadet. (Schallende Heiterkeit.) Noch weit schärfer ging es in der Versammlung an der Brunnstraße zu. Da erklärte Dr. Kochbunner, der Liberalismus habe in München I einen Wahlkreis errungen mit Unterstützung katholischer Behörden. In dem Bericht heißt es: „Sturmische Punkt!“ (Große Heiterkeit.) Die Zeit werde kommen, wo man froh sei, vom Zentrum unterstützt zu werden. Das Zentrum sei hinterhältig angegriffen worden. In Zukunft werde man sich nicht mehr verlassen auf den katholischen Adel! Nicht mehr auf die katholischen geistlichen Behörden. Am Zentrum sei Vertraut gesetzt worden. Die Versammlung brach in endlosen Beifall für Kochbunner aus. (Große Heiterkeit.) Dann kam der Chefredakteur Sieber, während dessen Rede Muse gegen die Erzbischöfe, Muse gegen Berling erwiderten. Es wurde gegen Berling gerufen; Solche Leute sollte man hinauswerfen. (Sturmische Heiterkeit! und Hört, hört, hört!) Wer Berling seine Stimme als event. Reichstagspräsident geben würde, der müsse keinen Charakter und kein Selbstbewußtsein haben! (Große Heiterkeit.) Meine Herren, ich könnte noch lange fortlesen, aber ich denke, es genügt vorläufig. (v. Böllmar: Als erste Portion!) Denfalls hat das Zentrum über die Stadtschädlingslichkeit der Sozialdemokratie nicht immer so wie jetzt gehandelt. (Adolf Miller: Armer Moritz!) Auch gelegentlich der Reichstagswahlen gab es eine Siegesfeier mit einem Siegesmarsch. Es wird Si vielleicht interessieren, die Teilnehmer zu erfahren. (Sturmische Heiterkeit.) — Muse bei den Liberalen: Was wird jetzt wieder kommen? Die Teilnehmer waren: Der jetzige Münchner Erzbischof Dr. v. Bettendorf, der Domkapitular Dr. Rummel, der Zentrumsbegründer Dr. Jäger (Sturmische Heiterkeit) und die Sozialdemokraten Ehrt und Probst. Erzbischof Dr. Bettendorf gab damals sogar seiner Freunde Ausdruck, daß es bei uns in Bayern eine solche Behandlung der Sozialdemokratie nicht gibt wie in Preußen. (Zosende Heiterkeit.)

Die schwarzen Erbäpfel der christlichen Religion werden einige Beschwerden haben, diese Stichproben auf ihre Liebe zur Wahrhaftigkeit in eine zentrumstreomme Legende umzulegen.

Wie man die Fleischnot bekämpft.

Für die Fleischspunkte, die zuweilen bei Aufführung der amtlichen Statistik mahgend sind, sei ein recht bezeichnender Vorgang erwähnt. Als im Herbst 1911 die Teuerung in Deutschland eingesetzt, wurden aus einer westdeutschen Stadt amtlich wie privat hohe Preise gemeldet. Die Folge davon war, daß die städtischen Beamten unter Hinweis auf diese Teuerung Gehaltsaussteuerungen verlangten, und daß anderseits auch die Schlächtermeister im Stadtparlament lärm schlugen. Darauf wurden in der amtlichen Statistik die Fleischpreise nachträglich ohne weiteres berichtigt. Die vorher veröffentlichten Preise wurden bis zu 40 Pfsg. pro Kilo herabgesetzt. Man hat nicht gehört, daß in der betreffenden Stadt ein Schlächtermeister nachträglich seinen Kunden das herabgezahlte hätte, was sie nach den zuerst gemeldeten Preisen zu viel für Fleisch ausgegeben haben sollten.

Der Frankfurter Magistrat richte eine Eingabe an den Bundesrat, in der auf die stets steigenden Fleischpreise hingewiesen wird, die eine noch nie dagewesene Höhe erreicht haben. Vorauftischlich ist eine Änderung in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten. Der Magistrat erneuert daher sein früheres Gefüg an den Bundesrat und bittet um entsprechende Maßnahmen: Drosselung der Grenzen unter sanitärer Kontrolle, Erleichterung der Einfuhr frischen Fleisches und Herabsetzung der Zölle.

Berlin, 27. August. Dem Reichstage ist der Vertrag über den Bau des ersten Teils der Mittellandbahn in Kamerun zugegangen; es handelt sich um die Strecke Duala-Bidjofa. Die Strecke wird 150 Kilometer lang, soll zwei Bahnhöfe, 8 Haltestellen und 8 Haltepunkte bekommen und bis 1. Oktober 1913 betriebsfertig sein. Die Kosten dieser Teilstrecke beziffern sich auf 23 780 000 M. —

In Luxemburg erfolgte der Austausch der Ratifikationsurkunden eines Zusatzvertrags zu dem zwischen Deutschland und Luxemburg am 9. März 1876 abgeschlossenen Auslieferungsvertrag. Der Vertrag tritt am 2. September in Kraft.

kleine politische Nachrichten. General Abdullah Pascha, der Kommandant der in der Gegend von Smyrna zum Schutz gegen einen Angriff der Italiener zusammengezogenen Armee, wird in einigen Tagen nach Konstantinopel zurückkehren, da seine Mission nunmehr beendet ist. — Wachmannschaften und Kawasse des türkischen Konsulats mißhandelten auf der Straße den einheimischen Dragoman des russischen Konsulats. Der russische Konsul hat bei dem türkischen Konsul Protest eingelegt und die Bestrafung der Schuldigen verlangt. — Der Kongress der Vereinigten Staaten hat sich vertagt. — Der Dozent an der Belgrader Universität und ehemalige Abgeordneter des bosnischen Landtags, Dedier, ist als politischer Spion verhaftet worden. — Die Nachricht von der Ankunft Dr. Sungatens in Peking beruht auf einem Irrtum; lediglich der Sekretär Sungatens ist bisher in Peking angelangt und von Quanshikai empfangen worden.

Italien.

Ein Bürgermeister und Totgeschläger freigesprochen.

Bei einer Arbeitslosendemonstration in Lesina (Apulien) im Mai vorigen Jahres trat der Bürgermeister der Stadt, ein gewisser Cittadino, den Demonstranten mit dem Revolver in der Hand entgegen. Während die Karabinieri die Menge zu ver-

auslassen suchten, friedlich auseinanderzugehen, erfolgten aus der Menge einige Steinwürfe, und der Bürgermeister, der weder großes noch bedroht war, gab einen Schuß auf den ihm zunächst stehenden Landarbeiter ab. Dieser sank schwergetroffen zu Boden, und als sein Vater ihm zu Hilfe eilte, schoß der Bürgermeister auch auf diesen. Der jüngere der beiden Verwundeten starb am nächsten Tage. Es wurden die üblichen Verhaftungen der Demonstranten vorgenommen, aber der Avanti setzte es durch, daß auch der Bürgermeister in Haft genommen wurde. Die Landarbeiter sind inzwischen zu geringen Strafen verurteilt worden, aber gegen den Herrn Bürgermeister hat das Gericht in der Voruntersuchung beschlossen, daß Verfahren einzustellen, da keine krafbare Handlung vorläge. Dieser unerhörte Freispruch in der Voruntersuchung wird vom Avanti auf die Einmischung mehrerer Abgeordneten und auf die hohen Verbindungen des Angeklagten zurückgeführt. Dabei hatten die Sachverständigen erklärt, daß die Angeln, die die beladenen Landarbeiter vermuhten, aus dem Revolver des Bürgermeisters stammten. Durch zahlfreie Zeugen war weiter bewiesen worden, daß der Bürgermeister keinesfalls im Zustand der Notwehr gehandelt hat. Aber freigesprochen wurde er doch!

Das Programm der reformistischen Partei.

Der Vorstand der reformistischen Partei wird in der ersten Hälfte des September in Rom eine Plenarsitzung abhalten, um das Organisationsstatut und das Programm zu diskutieren, dessen Entwürfe von Bonomi und Giotti ausgearbeitet worden sind. Weiter soll der Vorstand das Datum des ersten Parteitags festlegen sowie dessen Sitz und Tagesordnung.

Aegypten.

Englische Sorgen.

Kairo, 27. August. Im Zusammenhang mit Plakaten ausführlicher Inhalt, die man klarlich in der Stadt angeschlagen had, wurden gestern drei Verhaftungen vorgenommen. Einer der Verhafteten ist ein junger ägyptischer Nationalist, der aus Konstantinopel kam und in seinem Reisezug in arabischer Sprache abgesetzte Ausrufe aufklärerischen Charakters bei sich führte.

Marokko.

Marianne in Afrika.

Die Aufstandsbewegung in Westmarokko, in der Gegend von Marrakesch, bereitet den Franzosen schwere Sorgen. Der Einfluss des Kronpräidenten El Oiba, der sich selbst zum Sultan ausgerufen hat, greift immer weiter um sich und das Feuer des Aufstandes droht jetzt auch den Süden zu erfassen. Nicht viel besser über sieht es auch in den übrigen Teilen des Landes aus, die trotz der zahlreichen „Verhüllungsarbeit“ nur des Augenblicks warten, um sich von neuem gegen die fremden Eroberer zu erheben. Kein Wunder, daß es den französischen Imperialisten schwierig zunimmt wird, bei dem Gedanken, was aus dem marokkanischen Abenteuer wohl noch herauspringen wird. Im Matin veröffentlicht General Brunneau, Kommandant der 33. Infanteriedivision, der auch längere Zeit in der französischen Armee in Afrika gelebt hat, unter der Überschrift: Der marokkanische Hintergrund einen Artikel, in dem er die militärische Lage und die Zukunftsaussichten wie folgt schildert: „Augenblicklich verläßt Frankreich in Marokko über 40000 Mann und immer neue Verstärkungen gehen nach dort hin ab, so daß wir bald über zwei Armeekorps in Marokko haben werden. Selbst auf die Gefahr hin, als Unglücksprophet verhöhnen zu werden, muß ich meiner Ansicht dahin Ausdruck verleihen, daß wir selbst mit dieser Truppenmasse keinen Erfolg erzielen werden. Das Schlimmste aber ist, daß unsre militärischen Hilfsquellen so ziemlich zu Ende sind. Wir werden bald gezwungen sein, Soldaten nach Marokko zu senden, die nur eine zweijährige Dienstzeit hinter sich haben und deren jugendliches Alter sie für die Strapazen des Marokkofeldzuges untauglich erscheinen läßt. Wir dürfen die bei Madagaskar gemachten Erfahrungen nicht noch einmal durchleben.“ Zum Schlusse fordert der General die Regierung auf, zu dem unterschiedlichen schwarzen Truppenmaterial Justiz zu nehmen.

Augenblicklich liegen die Dinge in Marokko so, daß ein Kampf zwischen den Streitkräften El Oibas und den unter Leitung des Obersten Maugain stehenden französischen Truppen nahe bevorsteht. Die Streitkräfte des Präsidenten zerfallen in zwei Abteilungen, von denen die eine unter dem Befehl El Oibas bei Marrakesch, die zweite unter dem Befehl eines Stellvertreters bei Den Guerir sich befindet. Gegen die bei Den Guerir stehende Abteilung soll sich in der Hauptstadt der Vorstoß des Obersten Maugain richten. Über Maugain verfügt über eine Streitmacht von 4000 Mann. Kleinere Gefechte haben in den letzten Tagen an verschiedenen Stellen mehrfach stattgefunden, wobei es auf beiden Seiten Tote und zahlreiche Verwundete gab.

Die neuesten Telegramme melden:

Casablanca, 28. August. Generalresident Zauaten ist gestern abend in Mechaïn eingetroffen. Die Kolonne Maghin, Joseph Omrani steht immer noch bei Sidi al Arba. Der Flieger Lieutenant Dohu beförderte einen Befehl von Mehanna nach Mechaïn bei Nebi in 55 Minuten durch die Luft. Bei der Landung brach der Propeller, der Flieger blieb unverletzt.

Paris, 26. August. Wie vom 28. August aus Mogador gemeldet wird, finden in der arabischen Bevölkerung geheime Versammlungen statt, in denen für den Präsidenten El Oiba Stimmen gemacht wird.

In Marrakesch sind verschiedene Läden geplündert worden. Das Außenviertel steht unter militärischem Schutz. Der Einfluss El Oibas greift auf den Süden Marokkos über, wo sich eine feindselige Bewegung gegen die französischen Truppen bemerkbar macht.

Sächsische Angelegenheiten.

Wahlhülfseien der Militärvereine.

In welcher Weise und mit welchen Mitteln von leitenden Stellen der Militärvereine die Schnüffelei nach der Gesinnung der Militärvereinler getrieben wird, um deren Wahltreue zu erhalten, illustriert ein Erlass an die Militärvereine im Bezirk Zwittau.

Das Schriftstück hat diesen Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Kamerad!
Wie bereits nach den im Jahre 1907 erfolgten Reichstagswahlen, so ist auch nach den Wahlen im Januar 1912 die Annahme möglich, daß die Mitglieder meines Bezirks sich nicht überall so verhalten haben, wie es von ihnen im Hinblick auf den von ihnen getätigten Fahneneid und auf die von ihnen anerkannten Bestimmungen unserer Bundesdagung erwartet werden müsse. Zu dieser Annahme kann man gelangen durch Vergleichung der zu Ende des Jahres 1910 ermittelten Zahl der Mitglieder eines Bundesvereins mit der Summe derjenigen Stimmen, die am Sitz eines solchen Vereins für andere Reichstagskandidaten als für sozialdemokratische abgegeben worden sind.

Dabei hat man wohl zu berücksichtigen, daß diese Ermittlungen als zweifälsig und maßgebend um bewilligt nicht angesehen werden dürfen, weil keinesfalls überall die Mitglieder eines Bundesvereins sämlich auch am Sitz dieses Vereins wohnen, und weil unter den Mitgliedern sich solche befinden, die zur Zeit der Wahl noch nicht 25 Jahre alt, also noch nicht wahlberechtigt gewesen sind, sowie solche, die durch Alter, Krankheit und Abwesenheit vom Wohnort ihr Wahlrecht nicht haben ausüben können. Immerhin habe ich seitens des Bundespräsidiums die strikte Weisung erhalten, überall dort, wo nach diesen Ermittlungen auch nur die Möglichkeit pflichtwidriger Verhaltens von Bundesmitgliedern vorliegt, die Angelegenheit eingehen zu lassen. Das Präsidium ist der Ansicht — und ich pflichte ihr bei — daß wir nicht erst die Meinung austrommen lassen dürfen, daß ein Teil unserer Kameraden sozialdemokratisch gewählt haben müsse. Vielmehr müssen wir

energisch und schnell gegen die Pflichtwidrigen vorgehen: daß erfordert nicht nur unsere Bundesdagung, sondern auch das Ansehen und das Wohlwollen, dessen wir uns bei allen vaterländischen Kameraden erfreuen.

Sollten Sie Pflichtwidrigkeiten eines Bundesmitgliedes ganz oder teilweise festgestellt haben, so bitte ich Sie, soweit Sie das nicht schon getan haben sollten, um schnelle Einleitung des Ausschussesverfahrens. In denjenigen Fällen, in denen ein Bundesmitglied nur verdächtig, ihm aber nicht nachgewiesen ist, daß es einen Sozialdemokraten gewählt hat, bitte ich Sie, auf die Vollziehung des bekannten Stevers — vergleiche das beiliegende Muster — hinzuwirken zu wollen. Am besten und richtigsten würde es freilich sein, wenn alle diesigen Bundesmitglieder, die es — sei es auch nur als sogenannte Mitläufer — mit der Sozialdemokratie halten, freiwillig aus unseren Vereinen austreten würden.

Die Zeit ist so ernst (!!!), daß entschleenes, zielbewußtes und schnelles Handeln nötig.

Ich flüge in der Anlage einen Fragebogen bei und sehr Ihrem Berichte binnen zwei Wochen entgegen.

Mit kameradschaftlichen Gruß

Dr. Brüsewitz
Bezirksvorsteher.

Im Zwickauer Industriegebiete gibt es nun tatsächlich eine Anzahl älterer Militärvereinler, die in jungen Jahren in die Reze der Vereine geladen sind und, nachdem sie in der Sozialdemokratie ihre wahre Interessenvertretung erkannt haben, in den Militärvereinen geblieben sind, um ihre Ansprüche an die Sterbeunterstützung nicht zu verlieren. Hinter diesen Leuten soll nun herumgeschlüpft werden. Und wenn die Gesinnungstiecher nicht den vollen Erfolg hat, dann wird von Ihnen eine schriftliche Verstärkung des Ihnen einst in der Kaserne abgezwungenen Fahnenfeindes gefordert. Das geschieht in folgender Form:

Hierdurch verpflichte ich mich, den Schwur, den ich einst im aktiver Heere zur Fahne geleistet habe, gewissenhaft zu halten und die Liebe und Treue für König und Vaterland, Kaiser und Reich unentwegt zu pflegen und zu fördern.

Als Beweis meiner aufrichtigen Gesinnung habe ich diesen Revers mit meiner Namensunterschrift eigenhändig vollzogen.

Dieser Revers mit dem erneuerten Fahnenfeind wird zur Folge haben, daß viele von denen, auf die er gemünzt ist, den Militärvereinen den Rücken kehren. So tragen die Militärvereine durch ihren Terrorismus immer mehr zur reellen Scheidung der Geister bei. Und das ist gut so, denn — die Zeit ist so ernst und in dieser ernsten Zeit ein hüben und drüber nur gilt!

Die Wohnungswirtschaftliche Arbeit.

In der letzten Bezirksausschusssitzung der Amtshauptmannschaft Oschatz kam es wegen eines Nachtrags zum Regulativ über die Wohnungswirtschaft der landwirtschaftlichen Arbeiter und des Besitzes im Bezirk der Amtshauptmannschaft Oschatz zu einer recht interessanten Aussprache. Nach dem Oschatzer Tageblatt begründete der Nachtrag der Amtshauptmann Dr. Wach folgendem:

Es ist beabsichtigt, das Regulativ in Plakatform herstellen zu lassen. Jeder Arbeitgeber soll verpflichtet sein, in der Deutsches Zeitung ein derartiges Plakat aufzuhängen, damit dem Gewinde Gelegenheit gegeben ist, sich ebenfalls zu orientieren, um gegebenenfalls Beschwerde zu führen, und der Arbeitgeber gezwungen ist, bestehende Mängel zu beseitigen. Daß diese Maßnahme gerechtfertigt erscheint, ergibt sich daraus, daß seit Inkrafttreten des Regulativs etwa 40 Revisionen stattgefunden und bei keiner festgestellt werden konnte, daß die neuen Bestimmungen Beachtung gefunden hätten. Dagegen sind überall Ausschüsse gemacht worden. Neue Klagen und Anzeigen seien klarlich wieder eingelaufen. Amtshauptmann Dr. Wach betonte in seinem Bericht, daß selbstverständlich nicht auf Bagatellen gesehen werde. Es kommt vor allem darauf an, große Mißstände, wie das Zusammenführen von Personen verschiedener Geschlechter zu beseitigen. Es sei bisher nur einmal bestraft worden, weil der Fall besonders frisch gelegen habe. Ein 18jähriger Knecht, ein 20jähriger Knecht und die Mutter des Jüngeren, zugleich die Geliebte des älteren, mussten die Nacht in einem Bett verbringen. Auch auf einer anderen Stelle hätten drei Personen ein Nachtlager teilen müssen, und zwar hätten Magd und Knecht Seite an Seite und die kleine Magd unten querüber gelegen. Trotzdem seien im übrigen nur Klagen erzielt und mit Strafe bedroht worden. Durch den Aushang des Regulativs in den Gemeinden soll erreicht werden, daß in dieser Beziehung Wandel geschaffen würde.

Mit diesem Nachtrag fand Amtshauptmann Dr. Wach im Bezirksausschuß aber bei der Mehrheit keinen Anklang.

Rittergutsbesitzer Kammerherr Sacher von Sahr auf Dahmen erhielt in dieser Maßnahme ein Misstrauen und votete in gegen die Arbeitgeber. Auch hegt er die Befürchtung, daß damit dem guten Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, das in den landwirtschaftlichen Kreisen des Oschatzer Bezirks aufnahmlos besteht, nicht gedient werde. Fremde Personen, deren Eindringen in die Gehöftebuden zu verhindern sei, würden als heimende Spione bald das Gegenteil bewirken. Gegen den Nachtrag sprachen sich former aus Kammergutsbesitzer Uhlemann-Wigelin und Gutsbesitzer König-Lamperdow. Von den Gegnern wurde vorgeschlagen, die Bekanntmachung noch einmal in den Amtsorganen unter entsprechender Ergänzung auf Grund der Revisionsergebnisse zu veröffentlichen. Davon verzichtete Amtshauptmann Dr. Wach aber nicht die geringste Wirkung, ebenso widerlegte er auch die übrigen Einwände. Das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und -nehmer willst auch er nicht gehört zu sehen.

Da die Mehrheit des Bezirksausschusses gegen den Nachtrag war, so wird sich, wie Amtshauptmann Dr. Wach betonte, die Amtshauptmannschaft selbstständig darüber schließen, welcher Weg die geeignete ist, dem Regulativ die richtige Kenntnis und Bedeutung zu verschaffen.

Diese Zustände, die hier in den Wohnungswirtschaften der landwirtschaftlichen Arbeiter geschildert werden, sind geradezu haarräubend. Und gleichwohl wehren sich die Herren Rittergutsbesitzer gegen die entsprechenden Maßnahmen zur Abhilfe — um das gute Verhältnis zwischen sich und ihren Arbeitern nicht zu föhren. Das sind wirklich Gemütsmenschen!

Aus den Parteiorganisationen.

Eine Parteierversammlung für den 4. Reichstagwahlkreis in Dresden nahm Stellung zum Chemnitzer Parteitag. Genosse Sinzheimer berichtete über den Entwurf zum neuen Organisationsstatut. Die Einführung des 10-Pfennig-Beitrages ist ihm eine Notwendigkeit, um den bevorstehenden Kampf gegenüber gewappnet zu sein. Weiter begründete er die vorgeschlagene Einigung des Parteiausschusses. Er „gerüttete“, nach dem Bericht der Dresdner Volkszeitung, an der Hand ausliegenden Materials die Bedenken, die sich gegen die Einigung des Ausschusses erhoben. Genosse Wirth gab einen kurzen Überblick über die Aufgaben des Chemnitzer Parteitages. Aus der Debatte war nichts davon zu bemerken, daß die Bedenken gegen den Parteiausschuss zerstreut worden waren. Genosse Eggers konnte sich mit dem Parteiausschuß nicht befriedigen, er hielt vielmehr die Erweiterung des Parteivorstandes durch einige Beisitzer für genügend. Auf denselben Standpunkt stehn die Genossen Reichelt, Hahn und Henning. Für den Parteiausschuß traten dagegen die Genossen Lienick und Buch ein. Genosse Sindermann mußte nochmals für den Parteiausschuß eintreten. Er verteidigte auch das Stichwahlabkommen, das in der Debatte verurteilt worden war. Fast allgemein wurden die Sonderkonferenzen der Radikalen und Neoliberalen verurteilt. Genosse Dr. Grabauer verbreitete sich in längeren Ausführungen über das Wesen des Imperialismus und polemisierte gegen Gen. Dr. Lenz in der Frage der Abrüstung. Weiter verteidigte er den geplanten Parteiausschuß und das Stichwahlabkommen, verurteilte jedoch auch die Sonderkonferenzen. Die Versammlung nahm schließlich einen Schlusstone an, ohne Beschlüsse gefaßt zu haben, und wählte vier Genossen zu Delegierten.

Gaukonferenz des Arbeiterstenoigraphenbundes. Legten Sonntags in Döbeln die 5. Gaukonferenz des Arbeiterstenoigraphenbundes System Krebs. Vertreten waren 23 von 34 Vereinen durch 25 Delegierte. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß im letzten Geschäftsjahr in 51 Orten 80 Unterrichtskurse mit zusammen 597 Teilnehmern abgehalten wurden. Als Vorsitzender des Gauausschusses wurde Chemnitz wiedergewählt, ebenso der bisherige Vorsitzende E. Wallner, Chemnitz, Meyer Str. 28. An diese Adresse wolle man sich wegen Abhaltung von Unterrichtskursen und sonstiger Auskunft wenden. Der nächste Gauetag findet 1918 in Bautzen statt. Mit dem Gauitag war eine stenographische Ausstellung verbunden, die einen besseren Besuch der Döbelner Arbeiterschaft verdient hätte.

Bauerntag in Döbeln die 5. Bauernkonferenz des Arbeiterstenoigraphenbundes System Krebs. Vertreten waren 23 von 34 Vereinen durch 25 Delegierte. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß im letzten Geschäftsjahr in 51 Orten 80 Unterrichtskurse mit zusammen 597 Teilnehmern abgehalten wurden. Als Vorsitzender des Gauausschusses wurde Chemnitz wiedergewählt, ebenso der bisherige Vorsitzende E. Wallner, Chemnitz, Meyer Str. 28. An diese Adresse wolle man sich wegen Abhaltung von Unterrichtskursen und sonstiger Auskunft wenden. Der nächste Gaustag findet 1918 in Bautzen statt. Mit dem Gaustag war eine stenographische Ausstellung verbunden, die einen besseren Besuch der Döbelner Arbeiterschaft verdient hätte.

Werbau. In den letzten Jahren ist hier an Beamte in leitender Stellung nach 25-jähriger Dienstzeit eine Ehrenpension von 150 Mk. bewilligt worden. Ebenso an einen Schullehrer, weil er die Funktion eines Bildungsrichters mit ausfüllte, während den anderen Lehrern nach altem Brauch 75 Mk. genährt worden waren. Die Lehrerschaft hatte nun den städtischen Behörden ein Gesuch um Gewährung dieser Prämie von 150 Mk. an alle Lehrer unterbreitet. Der Rat hatte das Gesuch abgelehnt. Auf Beschluss der Lehrerschaft hatte nun ein Lehrer die Ehrenpension von 75 Mk. abgelehnt. Daraus beschloß der Rat, von nun an überhaupt keine Ehrenpension mehr an die Lehrerschaft zu bewilligen. Das Stadtverordnetenkollegium wurde erlaubt, dem Beschluss beizutreten. Die Eingabe der Lehrerschaft wurde nach längerer Debatte zurückgezogen, trotzdem aber dem Beschluss des Rates einstimmig zugestimmt. Darauf brachten unsre Genossen den Antrag ein, künftig überhaupt keine Ehrenpensionen an irgend einen Beamten zu gewähren. Außer unsren Genossen trat auch Stadt-Rechtsanwalt Koppisch kräftig für den Antrag ein. In der Abstimmung wurde der Antrag mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Durch die Taktik unsrer Genossen wurde also ein alter Japs, der schon viel Anstoß erregt hat, zu Falle gebracht.

Leipzig. Über den Vorschlag des Gasanstaltsausschusses, in den Nächten des frißhaften Essens einen Kubaturapparat zur Prüfung der Gasuhren anzustellen sowie ein Mustervorlage der Gasanstalt einzurichten, entspann sich in der letzten Stadtverordnetensitzung eine lebhafte Debatte. Die Mittelständler befürchteten, daß dadurch den Schlossermeistern starke Konkurrenz entstehen würde. Trotz aller gegenseitiger Versicherungen des Bürgermeisters und des Stadtrats Heustet waren sie davon nicht abzubringen. Die Sache mußte deshalb von der Tagessordnung abgesetzt werden.

Leipzig. Über den Vorschlag des Gasanstaltsausschusses, in den Nächten des frißhaften Essens einen Kubaturapparat zur Prüfung der Gasuhren anzustellen sowie ein Mustervorlage der Gasanstalt einzurichten, entspann sich in der letzten Stadtverordnetensitzung eine lebhafte Debatte. Die Mittelständler befürchteten, daß dadurch den Schlossermeistern starke Konkurrenz entstehen würde. Trotz aller gegenseitiger Versicherungen des Bürgermeisters und des Stadtrats Heustet waren sie davon nicht abzubringen. Die Sache mußte deshalb von der Tagessordnung abgesetzt werden.

Leipzig. Nachrichten aus dem Lande. Der Gasthofspächter Tögel in Roitzsch hat sich durch Erhängen am Kronleuchter das Leben genommen. Der Mann hat klarlich seine Frau ins Seelenhaus geschafft, was ihn schwerlich gemacht haben dürfte.

Aus der Elbe wurde in Schönbach bei Dresden die Leiche einer 19jährigen Chemnitzerin geborgen, die bereits vor einigen Tagen den Tod in den Fluten gesucht hatte. Die Eltern des Mädchens wurden aus Chemnitz berufen, um ihre Tochter zu erkennen.

Auf dem äußeren Katholischen Friedhof in Dresden wurde im Friedrichstadt wurden beim Ausschachten eines Brunnen drei Arbeiter verschüttet. Obgleich die Feuerwehr rasch zur Stelle war und die Bergungsarbeiten aufnahmen, ist wenig Hoffnung vorhanden, die Verstorbenen lebend ans Tage zu bringen. — In Großlitz bei Dresden bemerkte der Fahrradmeister Paul einen männlichen Leichnam in der Elbe treibend und brachte ihn ans Land. In den Taschen des Toten wurde eine Photographic, eine junge Dame mit einem jungen Mann zusammen, vorgefunden. Die Photographic trug den Namen Arthur Böllerling-Dresden. — Auf dem Bahnhofsviertel zwischen Wilhelmsburg und Niederseidewitz wurde ein 28jähriger Maler aus vielen schweren Kopfwunden blutend von einem Stedenwärter angefahren und nach dem Bahnhof Niederseidewitz geführt, wo ihm ein Notarzt angeflogen wurde. Darauf konnte er nach seiner Wohnung in Dresden gebracht werden. Anscheinend hat der Mann den letzten Zug verpaßt und ist auf der Bahnhofstreppe nach Dresden zu gegangen. Ob er hierbei von einem Zug angefahren worden ist, konnte nicht festgestellt werden. — Auf der Magnuskirchhöhe in Lichtenau mit dem Ausknaufen eines Kuppelofens beschäftigt, als sich plötzlich ein mehrere Zentner schweres Eisenstück löste, auf Mann herabstürzte und ihm Kopf und Brust völlig zerquetschte. Er war auf der Stelle tot. — In einem Ausfall geistiger Störung hatte in Oberneudorf der verheiratete 43 Jahre alte Schneider Fritzel die Bettlen seiner Wohnung in Brand gesteckt und sich dann zu erschleichen versucht. Im Stadtkrankenhaus an Plauen ist der Mann der Schuhverlegung erlegen. — In Plauen hat sich ein Schüler einer höheren Lehranstalt in seiner Wohnung durch einen Schuß ins Herz so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. Die Ursache zu der Tat ist in einem schweren Leid zu suchen, von dem der junge Mann seit längerer Zeit heimgesucht wurde. — Bei Vornahme einer einfachen Reparatur in dem jungen Meter tiefen Schulbrunnen in Cotta bei Oschatz wurde der 28jährige Stellmacher Eichler, der diese Arbeit ohne jede fremde Hilfe vornahm, auf der herabgelassenen Leiter von einem Herzschlag betroffen. Er fiel in das Brunnenwasser und ertrank.

Aus den Nachbargebieten

vertreter bebauerte, keinen minder schweren Fall als vorliegend annehmen zu können und beantragte gegen Löben drei Jahre und gegen Schenk sechs Monate Gefängnis. Die Angeklagten wären gewiß gute Soldaten, aber keine wohlverdienten Untergaben. Sie hätten in einer hohnsprechenden Weise gegen die Disziplin gehandelt. Der Verteidiger, ein Oberleutnant von dem Regiment der Angeklagten, meinte, man möge den Fall einmal rein menschlich und nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes beurteilen. Vielleicht sei der Vorgang auch mit auf die Spannung zwischen den verschiedenen Regimentern zurückzuführen. Verschiedene Waffengattungen seien sich zuwischen „spinnfest“. Die Angeklagten verdienten die weitgehendste Milde. Das Gericht nahm an, daß der Unteroffizier zwiespältig von Löben geschlagen worden ist; es verneinte aber, daß der Untergebene damals gewußt habe, es mit einem Vorwurf zu tun zu haben. Löben wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und Schenk wurde mangels ausreichender Beweise gänzlich freigesprochen.

Wittenburg. Umwelt des Güterbahnhofes wurden zwei Streckenarbeiter von einer Rangiermaschine erfaßt und schwer verletzt, einer der Arbeiter wurde von der Maschine 10 Meter weit geschleift.

Erfurt. Beim Pugen der Pferde in der hiesigen Kavallerie-Kaserne schlug eines der Tiere aus und traf den Jäger Gräbe gegen die linke Brustseite. Da daß Herz verlegt worden war, trat bald darauf der Tod ein. Die Eltern des Verunglückten wohnen bei Altenburg.

Gelsenach. Im Erfurter Allgemeinen Anzeiger liest man von hier: Aufgrund des Umstandes, daß die aus der ersten Klasse der Volksschule entlassenen Schüler, aus denen sich seither die Schreiberlehrer der Stadtverwaltung rekrutieren, ein recht mangelhaftes Deutsch sprechen und viele orthographische Fehler machen, beschloß der hiesige Gemeindevorstand, Volkssupernumerare anzustellen, das die Berechtigung zum einjährig freiwilligen Militärdienst besitzen. Aus ihren Reichen sollen in Zukunft die unteren Beamten für die Stadtverwaltung genommen werden. — Ein schlechtes Zeugnis für die hiesige Volksschule.

Rudolstadt. Einen ungünstigen Abschluß zeigt das Jahr 1911 für das ganze Land bezüglich der Geburten und der Sterblichkeit. Geboren wurden nämlich 2844, das sind 30 weniger als im Vorjahr, dagegen starben 1804, das sind sogar 100 mehr als 1910! Unerhört geboren wurden 334 oder 11,7 Prozent gegen 11,3 Prozent im 1910. Auch Totgeborene gab es 1911 mehr als 1910, nämlich 98 gegen 88. Durch Selbstmord endeten 20; auch das sind 9 mehr als 1910.

Wittenberge. Ein aufregender Vorfall spielte sich an der Bahnhofsperrre des hiesigen Bahnhofs ab. Der dort seit etwa einem Jahr dienstende Bahnhofsvorsteher Chlodo wurde plötzlich während seines Dienstes tödlich getötet. Er schlug Tische und Stühle in dem kleinen Aufenthaltsraum der an der Bahnhofsperrre tätigen Beamten in Trümmer. Während dieser Szene herrschte großer Verkehr am Durchgang, da gerade D-Züge aus Berlin, Hamburg und Magdeburg eingelaufen waren. Nur mit Mühe konnte der tödlich Überwältigte werden. Zehn Männer festeten ihn mit Stricken. Er wurde in einem Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht. Der Beamte zeigte schon seit längerer Zeit Spuren von Geisteskrankheit. Er gehörte zwei Jahren der Schutztruppe in Südafrika an.

An die Parteigenossen Sachsen!

Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie, die vom 18. bis 20. August in Dresden stattfand, hat auf Grund des § 12 des neuen Organisationsstatuts bestimmt, daß der Sitz des Landesvorstands auch für das neue Geschäftsjahr in Dresden sein soll. Sie hat weiter im Anschluß daran in den Landesvorstand folgende Genossen gewählt:

Karl Sindermann

Dresden, Große Zwingerstraße 14.

Ernst Braune

Radeberg, Bismarckstraße 4.

Ernst Schulze

Gossebaude bei Dresden.

Parteigenossen! Der Landesvorstand hat die Beschlüsse der Landesversammlung zur Ausführung zu bringen und wichtige Aufgaben der Organisation und Agitation zu erfüllen. Hierzu bedarf er der eifrigsten Unterstützung aller Genossen in den einzelnen Wahlkreisen. Wir erwarten, daß sie ihm immer zuteil wird!

Die Vereinsvorsitzenden erinnern wir an den Beschluß der Landesversammlung, ihre Adressen dem Landesvorstand einzusenden, und bitten um sofortige Mitteilung, weil in nächster Zeit wieder das Adressenverzeichnis der Organisationsleiter bekanntgegeben wird.

Wir ersuchen im übrigen die Parteigenossen, sich in allen Angelegenheiten der allgemeinen Agitation und Organisation, der Gemeindepolitik, sowie in allen Kämpfen mit den Behörden usw., sofort an den Landesvorstand zu wenden.

Des weiteren ersuchen wir die Parteigenossen, sofort in eine umfassende Agitation zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechts einzutreten, damit bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen und bei den nächsten Landtagswahlen die Früchte dieser Agitation in die Erscheinung treten.

Zuschriften und sonstige Sendungen bezüglich der Organisation, Agitation und Presse sind zu richten an Karl Sindermann, Dresden, Große Zwingerstraße 14.

Zuschriften in bezug auf die Gemeindepolitik, Gemeinderatswahlen usw. sind zu richten an

Ernst Schulze in Gossebaude bei Dresden.

Geldsendungen sind dagegen nur an den Kassierer Ernst Braune, Radeberg i. S., Bismarckstraße 4

zu richten.

Dresden, den 24. August 1912.

Der Landesvorstand
der Sozialdemokratischen Partei Sachsen.

Aus der Umgebung.

Gegen die preußische Polizeiwirtschaft.

Die eigentlichsten Maßregeln der preußischen Polizeibehörden, über die wir häufig aus Ultrastädt berichten, die plötzliche unter ganz eigenartigen Umständen erfolgte Ausweitung eines seit 11 Jahren anhaltenden Arbeiters und die elenden Genossen angedrohten Aufenthaltsbeschränkungen, haben die dortige Bevölkerung in starker Erregung versetzt, die in einer gutbesuchten Protestversammlung zum Ausdruck kam. Ein Referat des Genossen Wittich aus Leipzig über: Polizeiwirtschaft wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Debatte wurde die Ausweitung des Arbeiters Skeptisch proponiert, der nach einer Mitteilung am 17. August an Rußland ausgesiedelt sein soll. Genosse Pähnold, dem nahegelegt worden war, während des Kaisermonats zu verreisen und sich nicht in Mannvergessen aufzuhalten, falls er nicht in Haft genommen werden wollte, hatte sich mit einer Beschwerde an den Landrat gewendet. Er verlor in der Versammlung ein Antwortschreiben, in dem die Angelegenheit für „erledigt“ erklärt wurde. Am Schlusse der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 24. August 1912 im Gasthof zu Ultrastädt tagende Protestversammlung, von über 250 Personen beiderlei Geschlechts besucht, protestiert gegen die politischen Maßnahmen gegenüber einigen Einwohnern unseres Orts. Sie finden es unerhört, daß der Versuch gemacht wird, Personen, die preußische Staatsbürger sind und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, zu veranlassen, während der Kaiserparade sich außerhalb ihres Wohnortes aufzuhalten. Es ist dies eine Beeinträchtigung ihrer persönlichen Freiheit, die ganz entschieden zurückgewiesen werden muß.“

Hartmannsdorf. Aus dem Gemeinderat. Mit einem Schmerzenskunde der kleinen Landgemeinde, wie der Gemeindeverwaltungen überhaupt, mit der Gemeindekanzlei, hatte sich der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung beschäftigt. Wiederholte haben unsere Genossen in den Verbandsgemeinden Auerstedt, Auerbach und Hartmannsdorf den Antrag auf Ausbildung einer weiblichen Person in der Krankenpflege oder einen ähnlichen Antrag gestellt, aber immer scheiterte diese Anregung an dem Kostenpunkt. Wie sich die Regierung und die unteren Verwaltungsbehörden zu dieser Frage stellen, ist hinzüglich bekannt; anstatt den Gemeinden Mittel zur Verfügung zu stellen, versuchen sie durch private Veranstaltungen (Kornblumenlage) und Sammlungen Einnahmen zu erzielen, die dann durch Hilfs- und Wohlfahrtsvereine für Unterstützungen und Hilfeleistungen verwendet werden. Die Amtshauptmannschaft Leipzig hat sich auch einen derartigen Verein, den Verein für Wohlfahrtspflege, angelegt und lädt nun von diesem an Stelle der staatlichen Unterstützung die private Wohltätigkeit pflegen. Wie bereits in anderen Gemeinden, so hat sich dieser Verein auch an die Gemeinden Auerstedt, Auerbach und Hartmannsdorf gewendet mit dem Ansuchen, ihm zur festen Anstellung einer Gemeindebeamtenpflegerin für diese drei Gemeinden einen Zuschuß von etwa 200 M. zu gewähren. Die Verteilung dieser 200 M. ist in der Weise gedacht, daß auf je 100 Einwohner 5 M. zu zahlen sind. Danach hätten aufzubringen: Auerstedt 120 M. (2400 Einwohner), Auerbach 80 M. (1200 Einwohner) und Hartmannsdorf 25 M. (500 Einwohner). Bei Bedarf von Hilfeleistung soll die Pflegerin allen Einwohnern ohne Aussehen der Person und des Standes unentgeltlich zur Verfügung stehen. Etwa freiwillig gezahlte Entschädigung für Hilfeleistung in besseren, leistungsfähigen Familien werden gern entgegengenommen, kommen aber nicht der Pflegerin, sondern dem Ausbau der Krankenpflege zugute. Mit der Hilfeleistung ist auch die Aufnahme einer Statistik über die Art derselben und Dauer der Krankheit usw. verbunden. Nach eingehender Beratung und Kenntnisnahme eines der Gemeindekrankenpflege betreffenden Schreibens der Amtshauptmannschaft wurde dem Wohlfahrtsverein der Zuschuß von 25 M. bewilligt. Ein weiterer wichtiger Punkt, der wiederholt den Bauaufschluß, so wie den Gemeinderat in seiner Gesamtheit beschäftigt hat, betrifft die Bausache des Gärtnereibesitzers W. Weiß. Schon vor einigen Jahren war der Gemeinderat mit dem Restort für Bauangelegenheiten mit der Amtshauptmannschaft in Differenzen geraten, weil an die sich hier niederlassenden Gärtnereibesitzer Baugenehmigung erteilt worden war zu Wohnhäusern, die wesentlich von den Vorschriften des Fluchtlinienplanes und des Ortsbaugegesetzes abwichen. Im Anschluß an diese Unstimmigkeiten wurde damals der Gemeinderat von der Amtshauptmannschaft angewiesen, dem § 40d Abs. 1 des baurechtlichen Ortsbaugegesetzes eine präzisere Fassung zu geben, um Abweichungen von diesen Bestimmungen vorzubeugen. Dem hat der Gemeinderat entsprochen und sich unter dem 18. Dezember 1907 in ministeriel die Bestimmung genehmigt lassen, „daß Hauptgebäude entweder in der vorgeschriebenen Bauflüchtlinie, oder aber, wenn sie weiter zurückgestellt werden, parallel zu der Straßen- und Bauflüchtlinie zu errichten sind. Diese Beschränkung tritt jedoch nicht ein, wenn ein Gebäude mindestens 25 Meter entfernt von der Bauflüchtlinie errichtet wird“. Man sollte nun glauben, daß Abweichungen von diesen Bauvorschriften unmöglich seien. Diese Annahme ist irrig.

für den Gemeinderat hat das Ortsbaugegesetz Rechtshalt, bei der Amtshauptmannschaft dagegen scheinen die Ansichten und Wünsche des Heimatshutes mehr Anfang zu finden, denn sie hat auch im Falle Weißq trotz des Einspruchs des Gemeinderats Konzession ertheilt, ohne den Bauvorschriften Rechnung zu tragen. Das wichtigste Grundsätz kommt genau wieder, wie die bereits entgegen dem Willen des Gemeinderats erbauten Gärtnereigrundstücke, mit dem halben Giebel und mit der halben Vorderfront in die Straßenseite. Immer von neuem muß man sich die Frage vorlegen, wozu der Gemeinderat eigentlich da ist, wenn seine Gutachten und Beschlüsse nach dem Diktat der Aufsichtsbehörde bzw. einzelner Restvorsteher abgegeben und gefolgt werden sollen, oder aber, wenn das nicht geschieht, keine Verstärkung finden. Um dem Bauherrn den Termin zum Beginn des Baues nicht noch länger hinauszuschieben und weil das Straßenbild des neuerrichteten Orts Teils (Kamerun? T. V.) sonst verunreinigt ist, war eine Mehrheit für die Beschreibung des Beschwerbeweges wegen Abweichung von den Bestimmungen des Ortsbaugegesetzes nicht vorhanden. Von dem Erlass einer im Entwurf von der Amtshauptmannschaft vorliegenden Baunormordnung wurde nach eingehender Beratung vorläufig abgelehnt und beschlossen, im Baugesetzbuch eventuell ähnliche Bestimmungen aus dem Entwurf aufzunehmen. Die Elsterwieseninteressenten haben sich nach einer dem Gemeinderat vom Vorstand gemachten Mitteilung ein Stellbriefe gegeben, um über den Neubau der nach ihren Wiesengrundstücken liegenden Elsterbrücke zu beraten. Da dieser von den Herrschäften Kopfheimer macht, kann man sich denken, wenn man erfährt, daß die Brücke 11000 bis 12000 Mark kosten soll. Von diesen Kosten sollen nach dem Wunsch der Herren Wiesenbesitzer die Gemeinden Auerbach und Hartmannsdorf je ein Viertel übernehmen, so daß den eigentlichen Wiesenbesitzern nur die Hälfte verbleibt. Die Gemeinde Hartmannsdorf denkt selbstverständlich nicht daran, diese Teil Kosten zu übernehmen, da sie nur ein ganz kleiner Stück Wiese, den sogenannten Schenkel, in dieser Art liegen hat; es sei denn, daß alte Verhältnisse von 1706 wieder hergestellt. Um das Jahr 1706 hat ein Arealtausch bzw. eine Ablösung des Nutznieherrrechts stattgefunden. Seitdem ist die Gemeinde ihrer Rechte, insgesamt auch ihrer Verpflichtungen verlustig gegangen.

Thella. Aus dem Gemeinderate. Die Bestätigung des 1. Nachtrages zum Pensions-Mediativ ist von der Amtshauptmannschaft erfolgt und liegt 14 Tage lang öffentlich aus. Das Gesuch des Maurers H. um Überlassung einer Wohnung im Gemeindehause wurde abgelehnt. Das Gesuch der Frau H. um Genehmigung zur Annahme eines Kleinkindes wurde genehmigt. Der Akteur des Waisenelbvermögens Koch gegen seine Besteuerung wurde der Oberbehörde zur Entscheidung überwiesen. Die Kohlenlieferung von 150 Rentner à 70 Pf. für das Rathaus erhält Herr Winkler, den Anstrich der Brücke in der Kreuzstraße Herr Dammenheim für 245,88 M. Das Gesuch des Handelsbetreibers K. um Weiterführung der Schleuse bis zu seinem Grundstück wurde abgelehnt. Für die Säulen an der Leichenhalle sind 804 M. nachbewilligt worden.

Schleußig. Oeffentliche Stadtverordnetensitzung Donnerstag, den 29. August 1912, findet abends 7 Uhr im großen Rathaussaal eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten mit folgender Tagesordnung statt: Kenntnisnahme vom Kassenrevisionss-Protokoll; Rückgabe von gestellten Rantionen; Beschlussfassung über Änderung der Bauflüchtlinie in der Weststraße; Baugesuch des Konsumvereins Vorwärts-Schleußig; Baugesuch des Unternehmers Lippold-Papitz; Baugesuch des Restaurateurs P. Müller in Leipzig; Kenntnisnahme von einem Antrag an den Magistrat; Nochmalige Beschlussfassung über den Erlass eines neuen Ortsstatutes der Fortbildungsschule; Verlängerung eines Vertrages; Verpflichtung des Schlossbrunnens-Areal; Verlängerung eines Vertrages; Bewilligung von Mitteln zur Reparatur des Platzonat-Wohngebäudes; Nachbewilligung zum Schufsat; Bewilligung von Mitteln für den Jugendverein; Verkauf von Areal; Bericht einer Kommission.

Briefkasten der Redaktion.

Juliane, Abonnementsbestellungen sowie alle anderen geschäftlichen Angelegenheiten sind nicht an die Redaktion, sondern nur an die Expedition der Leipziger Volkszeitung zu richten!

P. A. 100. Ihre Anfrage ist nicht verständlich. Es ist überhaupt am besten, Sie wenden sich gleich persönlich an einen Fachmann. P. St. 20. Ihr Sohn ist durch Abstammung österreichischer Staatsangehöriger und hat in Österreich zu dienen.

P. G. 100. Diese Zeichen beziehen sich nicht auf körperliche Fehler.

Auskunfts in Rechtsfragen.

O. M. Kleinsohner. Zu diesem Falle erhält der Überlebende Ehegatte die Hälfte des Nachlasses. Die andere Hälfte fällt den Eltern, resp. Großeltern oder Geschwistern zu. Ist nicht mehr als die zum Haushalt gehörenden Gegenstände und Hochzeitsgeschenke da, erhält der Mann allein.

A. N. 100. Sie müssen den Eid leisten und können dazu eventuell durch Notar angehalten werden.

A. B. 1. Die Forderung versiegt in 30 Jahren. 2. Was Sie über 1500 M. Jahreseinkommen verdienen, kann vom Sohne geprägt werden.



Bekanntmachung



Konsum-Verein
L.-Plagwitz u. Umgegend.
E.G.m.b.H.

Donnerstag, den 29. August, vormittags 1/2 Uhr
wird in

Wiederkehrt

Ecke Albert-Dertel-Straße und Schmidt-Straße
— unsere neue Warenabgabestelle eröffnet —

Der Vorstand.

Die Lebensmittelteuerung

die seit Jahren herrscht und die sich immer mehr verschärft, lastet auf dem Volke wie eine schwere Heimfuchung. Aus allen Kreisen mehren sich die Klagen über die unerschwinglich hohen Nahrungs-mittelpreise. Insbesondere sind es die bis zur schwindelerregenden Höhe gestiegenen Fleischpreise, gegen die sich der Zorn der entbehrenden Massen in erster Linie wendet. Die Teuerung hat ihre tiefste Ursache in der Entwicklung des Kapitalismus, in der **volkssfeindlichen Wirtschaftspolitik**. Die Volksgefundheit wird durch diese extreme Teuerung auf das schwerste gefährdet.

In Deutschland wirkt die Teuerung um so verderbler, als hier die Teuerung verschärft wird durch die **Jugunissen der Großagrarier betriebene Handelspolitik**.

Gegen diese brutale Agrarpolitik entschieden Protest einzulegen, finden in Leipzig am

Sonntag, den 1. September

fünf große Demonstrationsversammlungen

statt. Arbeiter, Parkeigenossen! Sorgt für guten Besuch dieser Versammlungen!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. August.

Geschichtskalender. 27. August 1780: Der Schriftsteller Johann Georg Hamann in Königsberg i. Pr. geboren († 1788). 1770: Der Philosoph Friedrich Hegel in Stuttgart geboren († 1831). 1778: Der Geschichtsschreiber Georg Niebuhr, in Kopenhagen geboren († 1831). 1882: Der amerikanische Dichter und Philosoph Ralph Waldo Emerson in Concord geboren († 1888).

Sonnenaufgang: 5,3 Sonnenuntergang: 6,58.
Monduntergang: 4,4 vorm. Mondaufgang: 7,10 nachm.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 28. August.
Keine Witterungsänderung.

Bon der Leipziger Feuerwehr.

Seit einer Reihe von Jahren wird in den meisten Großstädten wohl erkannt, daß die Einführung des Kraftfahrtbetriebes gerade bei der Feuerwehr aus manigfachen Gründen von Vorteil ist. Viel mehr als bei einem privaten oder sonstigen Betriebe drängt bei der Feuerwehr alles darauf hin, Kraftmotore statt der Pferde zum Fortschaffen der Fahrzeuge zu verwenden. Denn die Pferde werden bei der Feuerwehr nicht ausgenutzt. Ja, sie werden nicht einmal in dem Maße ausreichend beschäftigt, daß sie sich wohl fühlen. Darum muß den Werken an den meisten Tagen durch stundenlanges Herumführen oder Herumfahren die nötige Bewegung verschafft werden. Zeit und Arbeitskraft wird hierdurch verschwendet. Der Motor frisbt nicht, wenn er nicht arbeitet. Das finanzielle Ergebnis muß daher für den Kraftfahrtbetrieb günstiger als für den Pferdebetrieb sein.

Diese Gründe sind in einer Denkschrift des Kommandos der Leipziger Feuerwehr, die auf Veranlassung des Rates ausgearbeitet wurde, niedergelegt. Der Rat hat sich schon längere Zeit mit der Durchführung des Kraftfahrtbetriebs bei der Leipziger Feuerwehr beschäftigt, er hat jetzt den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet, die der Einführung des vollständigen Kraftfahrtbetriebs zum Gegenstand hat. Zurzeit ist die Feuerwehr mit fünf Kraftfahrzeugen ausgerüstet. Da seit der ersten, teilweise Einführung des Kraftfahrtbetriebs schon genaue Zeit verflossen ist und deshalb die Versuche über die Bewährung als abgeschlossen gelten können, hält der Rat die Zeit für gekommen, seinen Plan zu verwirklichen. Die Umwandlung sämtlicher jetzt noch mit Pferden bespannten Fahrzeuge in solche mit Kraftfahrtbetrieb ist nicht nur für die Sicherheit, sondern auch für die Finanzen der Stadt zu empfehlen. Der durch Beschränkung der Zahl der Mannschaften und durch die Abholzung der Pferde erzielte Gewinn ist ein so großer, daß die Anschaffungskosten für die noch erforderlichen Kraftfahrzeuge in 5–6 Jahren herausgewirtschaftet sein dürften.

Die örtlichen Verhältnisse Leipzigs sind besonders für den Kraftfahrtbetrieb bei der Feuerwehr geeignet. Sind doch gar keine oder nur geringe Steigungen und in der Regel gute Straßen vorhanden. Dagegen sind die Erfahrungen, die die einzelnen Feuerlöschzüge zurückzulegen haben, oft recht bedeutend. In der Denkschrift wird dann zahlenmäßig nachgewiesen, daß die Unterhaltungs- und Betriebskosten geringer sind als beim Pferdebetrieb. Auch das Risiko sei geringer. Bei dem Pferdematerial läßt sich trotz der Garantieleistung nie mit Sicherheit voraussehen, ob ein Pferd sich für den Dienst der Feuerwehr eignet. Die Garantieleistung für eine Maschine sei länger und umfangreicher. Zu dem kommt, daß ein Kraftfahrzeug auf der Feuerwache weniger Platz braucht, weil es wegen des Feh-

lens der Deichsel wesentlich kürzer ist. Die Stallung und Räume für Futter und Streu fallen fort. Die auf den älteren Wagen jetzt recht engen Räume können dann besser für den Dienst und die Mannschaft ausgenutzt werden. Aber auch für die Schlagfertigkeit und Leistungsfähigkeit der Feuerwehr springen bei der Durchführung des Kraftbetriebes Vorteile heraus. Der Alarm erfolgt schneller, da nicht erst Pferde angespannt zu werden brauchen, sondern die Mannschaften sofort nach ihrem Eintreffen an den Fahrzeugen absfahren können. Die Brandstelle wird früher erreicht, da die Kraftfahrzeuge schneller fahren und weil die Geschwindigkeit der Fahrer unterwegs nicht nachläßt. Schließlich aber fällt die Fahrt fort, daß die Pferde, wie dies jetzt geschieht, öfters durch Schlagen, Beissen oder Treten bei der alarmmäßigen Befehlung die Mannschaften verletzen. Die Kraftfahrzeuge können mit eigener Kraft rückwärts fahren und dabei sicher die Richtung einhalten. Das ist für den Dienst auf der Brandstelle und der Wache ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Die Fahrt durch die Straßen ist außerdem geräuschos, da die Fahrzeuge Gunnibereitung haben.

Wie schon erwähnt, sind bis jetzt ein vollständiger Löschzug zu 3 Fahrzeugen und einem Reserveveterinär auf der Hauptwache und außerdem noch 2 Fahrzeuge der Ostwache mit Kraftantrieb versehen. Bei Einführung des Kraftantriebs für die gesamte Feuerwehr macht sich zunächst die Vervollständigung des Juges der Ostwache mit einem dritten Fahrzeug und dann die Anschaffung von weiteren 4 Löschzügen mit je 3 Fahrzeugen nötig, und zwar eines weiteren Juges für die Hauptwache und je eines Juges für die Süd-, West- und Nordwache. Der Anschaffungspreis für einen vollständigen Löschzug beträgt etwa 74 000 Mk., demnach kosten 4 Löschzüge zusammen 296 000 Mk. Da für einen Löschzug eine Leiter umgebaut werden kann, ermächtigt sich für diesen der Preis um 10 000 Mk., so daß die Kosten für die neu zu beschaffenden Löschzüge 286 000 Mk. betragen. Dazu kommt noch ein Fahrzeug zur Vervollständigung des Löschzuges der Ostwache mit 21 000 Mk. Außerdem ist die Anschaffung eines Dienstwagens für das Kommando notwendig; dieser kostet 8000 Mk. Rechnet man dazu rund 10 000 Mk. für die baulichen und unvorhergesehenen Arbeiten und Ausgaben, so ergibt sich eine einmalige Ausgabe von 350 000 Mk. für die vollständige Umwandlung der Feuerwehr.

Der finanziellen Wirkung wegen, wie auch um Störungen im gleichmäßigen Betriebe unserer Feuerwehr zu vermeiden, endlich auch, um etwaige Erfahrungen der nächsten Jahre immer noch auszunutzen, soll die Umwandlung nicht mit einemmal erfolgen, sondern nach und nach geschehen. Nur die Abschaffung soll jetzt einheitlich für die gesamte Umwandlung erfolgen.

Die Vorlage geht dann auch darauf ein, daß eine Verringerung des Mannschaftsbestandes eintreten wird und kommt zu dem Schluss, daß mit der Einführung des Kraftbetriebes jährlich 52 000 Mk. gespart werden können, wogegen der einmalige Gesamtkosten von 38 000 Mk. aus dem Verkauf der Pferde und der Fahrzeuge kommt. Die Stadtverordneten werden um schleunige Erledigung der Vorlage ersucht.

Eine Ohrfeige für einen Nachrichtenredakteur – 75 Mk.

Eine Redakteur in der Redaktion der Leipziger Neuesten Nachrichten hatte seit ein Nachspiel vor dem Schöffengericht. Am 3. Juli d. J. brachten die Leipziger Nachrichten einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung gegen den Schuhmachermeister H., der vom hiesigen Landgericht zu vier Wochen Gefängnis verurteilt wurde, weil er gegen seinen Stiefsohn, den Schuhmachermeister Tapp in Leipzig, wissenschaftlich falsche Anschuldigungen erhoben hatte. Höhne hatte einen Brief an das Polizeiamt in Leipzig geschrieben, in dem er T. mit einem Mord in Beziehung brachte. In dem Bericht war gefagt, der Brief habe die Behauptung enthalten, T. habe in der erwähnten Angelegenheit schon ein Jahr in Untersuchungshaft gesessen, auch sei er in der Zeit des Mordes gerade arbeitslos gewesen. Über diesen Bericht war T. im höchsten Grade empört, zumal noch Freunde und Bekannte kamen, die sich erkundigten, ob der Bericht wahr sei. T. behauptete, er habe den fraglichen Brief bei der Kriminalpolizei selbst gelesen, der Bericht der Nachrichten stimme nicht, denn was dieser sage, habe gar nicht in dem Briefe gestanden. T. ging nun in seiner Zeit sofort nach den Neuesten Nachrichten, um eine Berichtigung zu erwirken. Als er etwa gegen 10 Uhr vormittags dorthin kam, wurde ihm bedient, er müsse zwischen 12 bis 1 Uhr mittags wiederkommen. Noch war es nicht 12 Uhr, als T. wiederum in der Redaktion vorsprach und vom Redaktionsdiener verlangte, er solle ihm dem für die Aubrik Gerichtssaal verantwortlichen Redakteur melden. Der Diener wandte sich an den Redakteur Wolf, erhielt aber von diesem den Bescheid: T. werde nicht vorlassen, er solle abends um 6 Uhr wiederkommen. So leicht wollte sich T. aber nicht abweisen lassen. Von früh zum Mittag und vom Mittag zum Abend verzögert, daß ging ihm über die Lustknur; er verlangte unbedingt den Verantwortlichen zu sprechen. Der Redaktionsdiener meldete noch einmal das Verlangen des T., und der Redakteur ließ ihn noch einmal abweisen. Nun war es aber mit T.s Geduld zu Ende. „Na, wenn Sie mich nicht anmelden, melde ich mich selber“, sagte er zum Redaktionsdiener, und schon diente bestätigte. T. ging in die hinteren Räume, dabei immer vor sich hin fliegend über die Gemeinde, ihm solche Dinge nachzusagen. Zum Glück, so sagte der Redaktionsdiener, war im Zimmer des Chefredakteurs, das T. betreten hatte, niemand anwesend, Herr Grautoff war verreist. An seiner Stelle kam der Redakteur Karl Ernst Adolf Heinrich Karsten und fragte, was denn eigentlich los sei. Karsten, der unter seinem Elde aussagte, er sei an solche Szenen gewöhnt, daß käme alle vier Wochen mindestens einmal vor, erkannte sofort, was los war. Er weiß jedenfalls auch, wie er sich in solchen Situationen zu betragen hat und nach einem hin und her sagte er zu T. mit Würde: „Wenn Sie etwas wollen, dann müssen Sie ruhig und anständig kommen.“ Diese Bemerkung schlug dem Jungen Buben aus, zumal der Schuhmacher glaubte, er habe in Karsten noch einen Redaktionsdiener vor sich. „Was“ brausen er auf, „was anständig“ und lästig hatte Karsten eine Ohrfeige erteilt, die in sämtlichen Redaktionsräumen widerhallte. Die Wirkung davon war ganz erstaunlich. Ob bei den Szenen, die sich alle vier Wochen in den Neuesten Nachrichten wiederholen, der Chefredakteur oder dessen Stellvertreter jedesmal klatschende Ohrfeigen bezichtigt, hat Herr Karsten nicht gestraft. Jedenfalls ist anzunehmen, daß sich bei der regelmäßigen Wiederholung solcher Szenen ein intiges Zusammenarbeiten aller Redakteure herausgebildet hat. Denn kaum war der Schall der Ohrfeige in sämtliche Redaktionsräume gedrungen, als auch schon die Redakteure in das Zimmer des stellvertretenden Chefredakteurs eilten und diesen, der sich sofort auf T. geworfen hatte, nach Kräften unterhielten. Zwei sehr kräftige Männer, Herr Karsten und Herr Splech – T. behauptet, es seien eine ganze Anzahl gewesen – prügelten wie ehrbare Holznechte nach allen Regeln der Kunst unbarmherzig auf T. los. Hagelicht fausten

die Hiebe. T., der sich nicht mehr zu helfen wußte und schon ganz zerbeult war, benötigte eine kurze Atempause der Prüflingen und riß aus. Er ließ ein häusliches Bild, den letzten Rest seines völlig zerstörten Hutes, Glasbrillen und andre Teile seines zertrümmerten Kleiders (der 14 Mk. geflossen hatte) zurück. Wegen des Ohrfeige hatte Karsten keinen Strafantrag gestellt, weil T. sich nicht entfernt habe, trotzdem er ausgesordnet worden sei. Wegen dieser Sache stand nun T. vor dem Schöffengericht in Leipzig. Der Verteidiger sagte mit Recht, T. konnte sich gar nicht entfernen, er wurde daran verhindert, „denn er mußte doch erst seine Prügel beziehen und die Herren haben täglich angelogen, T. ist täglich zugezogen.“ Vorher hatte der Verteidiger dem Blatt ins Stammbuch geschrieben, „es darf sie gerichtlich kündig sein, daß die Neuesten Nachrichten häufig falsche Meldungen bringen und dann gezwungen sind, zu widerrufen.“ Das Gericht verurteilte T. wegen Hausfriedensbruchs zu 75 Mk. Geldstrafe.

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut. Die auf Veranlassung des Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstituts in Aussicht genommenen Kurse über das Thema: Grundbegriffe der Biologie, die am Mittwoch ihren Anfang nehmen sollten, müssen leider um eine Woche verschoben werden. Der Vortragende, Genosse Dr. Drucker-Berlin, ist plötzlich erkrankt, ein Ersatz für ihn war nicht sofort zu beschaffen. Wir werden von dem Beginn der Kurse noch Mitteilung machen. Die ausgegebenen Karten behalten selbstverständlich Gültigkeit.

Abschlagsolade. Der 35 Jahre alte Kaufmann Bernhard Otto Hörtsch betreibt in Lindenau einen schwunghaften Handel mit Schokoladenwaren. Er hat das Geschäft ganz besonders eingänglich zu gestalten gewußt, bis ihm die Wohlfahrtspolizei in die Quere kam. Jetzt hatte er sich vor dem Schöffengericht zu verantworten, weil er Waren mit Würmern, Spinnweben und Milbenbeißern behaftet an seine Kunden verkauft hatte. H. ist schon mehrfach wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung vorbestraft. Er befreit jede Schulde. Er habe seine Veräußerinnen angewiesen, die Abschlagswaren zu säubern, es sei ihm jedoch nicht möglich gewesen, in seinen vier Detailgeschäften jede Einzelheit nachzuprüfen. Über den Begriff Abschlagswaren fragt, erklärt H., Nuden seien eigentlich bei Schokoladenwaren nicht aufzuhalten, es sei in der Branche gang und gäbe, daß die Nuden und Milben entfernt und die Waren dann als Abschlagswaren verkauft werden. Bei der Inventur habe er gesehen, daß Ware beschlagen und mit Nuden behaftet war. Auf die Frage des Vorstehenden, ob er diese Waren noch verkaufe, erklärt H.: „Wir können sie doch nicht gleich wegschmeissen.“ Auf eine Anzeige hin laufte die Wohlfahrtspolizei in dem Geschäft, das der Angeklagte in Lindenau auf dem Markt betreibt, eine Probe-Schokoladenmehl. Dieses war mit Nuden durchsetzt, so daß die Polizei den Warenkorb beschlagnahmt. Einige Zeit darauf hat die Staatsanwaltschaft die Geschäfte des Angeklagten auf gesetzliche und verborgene Waren durchsuchen lassen. Nach dem Urteil des Direktors der chemischen Untersuchungsanstalt der Stadt Leipzig waren in dem Mehl Klumpen wahrgenommen, es war in erheblichen Mengen mit lebenden deutlich sichtbaren Nuden durchsetzt, das Mehl war in hohem Grade verdorben, die chemische Untersuchung hatte auch ergeben, daß es sich um eine Fälschung handelte, es war kein reines Schokoladenmehl, sondern mit erheblichen Mengen Beizienmehl vermischte. Die Ware war also verfälscht und verboren. Über eine aus dem Geschäft beschlagnahmte Biskuitprobe äußerte sich der gerichtliche Sachverständige, es sei der Ware schon äußerlich anzusehen gehetet, daß sie nicht mehr einwandfrei war. Sie roch an, war zerbrochen, zerfallen, zerfressen und zeigte deutlich die Tätigkeit verschiedener Organismen. Das Gericht hatte einen ungewöhnlich hohen Säuregehalt, ein Seiden vom Brot. Bei der Untersuchung wurde dann noch russisches Brot bestimmt als verboren erkannt. Das Brot war in so genannten Absalztstücken zum Verkauf bereit gelegt. Es zeigte deutlich Fleckchen von Würmern und war behaftet mit Milben und Spinnengewebe. Der Säuregehalt des Teigs war hier außerordentlich hoch. Der Sachverständige meinte, unter Absatz habe man nach den Grundsätzen eines soliden Kaufmanns frische, marktvolle Ware zu verstehen, die aus irgendeinem Grunde nicht als wertvoll anzusehen sei, etwa weil sie gebraucht oder angedrohen worden ist. Aber solche verborgene ekelhaft regende Ware, wie die Untersuchung hier ermittelt hat, müsse als Absatz beanstanden werden. Es seien bei solcher Ware auch Gefahren für die Gesundheit vorhanden. Gegen den Einwand des Angeklagten, er habe ausdrücklich angeordnet, die Ware abzuwählen, meinte der Sachverständige, die Ware lasse sich in dem Zustand überhaupt nicht mehr säubern.

Der Angeklagte wurde wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz in drei Fällen zu je 50 Mk. Geldstrafe oder je 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat die Überzeugung erlangt, daß es sich nicht um Fahrlässigkeit des Angeklagten handelt, sondern daß er es gewußt habe, daß in seinen Geschäften verborgene Waren, verfälschte werden. 150 Mk. Strafe wird der nicht unvermögende H. mit Leichtigkeit bezahlen können, daß hat er bei diesen Geschäftspraktiken schon längst verdient.

Kommunale Praxis. Für Kommunalpolitiker, Stadtverordnete, Gemeindevertreter sowie beförderte und unbeförderte Gemeindebeamte ist die Lektüre der Kommunalen Praxis, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, von großer Bedeutung, die sie in ihren Wochenheften eine fortlaufende Übersicht über alle Vorgänge auf dem Gebiete des deutschen Gemeindelebens — sowohl sie von allgemeinem Interesse sind — bietet und auch sonst zu allen Fragen Stellung nimmt, die für Interessenten der Gemeindepolitik von Wichtigkeit sind. Die zuletzt erschienene Nummer enthält Artikel über: Die weibliche Politik, Städtebau, Wirtschaftssozialismus und städtische Arbeiterschaft, sowie Beiträge aus dem Gebiete des Gesundheitswesens, Wohnungswesens, Bildung und Erziehung, Waisenpflege usw.

Unfälle. Auf einem Neubau an der Mendelstraße stürzte gestern ein 18-jähriger Zimmermann beim Balkenlegen aus über drei Meter Höhe ab und erlitt einen Handgelenkbruch, auch lagte er über heftige Schmerzen im Rücken. Der verunglückte junge Mensch wurde in das Krankenhaus übergeführt.

In der Frankfurter Straße lief gestern ein 48 Jahre alter Klempner einem Radfahrer in das Rad. Der Klempner wurde umgerissen und schlug sich die Nase auf. Bei der Polizeiwache wurde ihm die erste Hilfe geleistet.

Schlägerei. In der Dresdner Straße geriet ein 41 Jahre alter Maurer aus der Oberstadt mit einem Werkmeister in Schlägerei. Dabei schlug ersterer mit einem Blechkrug zu und verlor damit seinen Gegner so, daß sich dieser in die Sanitätswache begeben mußte.

Sachbeschädigungen. Zur Nachtzeit wurde in der Wurzner Straße eine größere Glasscheibe einer Wirtschaft eingeschlagen. Der Schaden beträgt 30 Mark.

Gerner sind vor einigen Tagen in den Nachmittagsstunden 9 Fensterscheiben der L.-Lönn.-Zurhalle durch Steinwürfe zertrümmert worden. Einige Minuten später über die Täter, vermutlich Knaben, sollte man der Kriminalpolizei aufgehen lassen.

Ein Einbrecherieb hat aus der Wohnung des Weinhändlers einen hellgrauen Jackettanzug und mehrere weiße Parthenhosen mitgenommen. Herner schlägt ein auf den Namen Richard Wohlrath lautender Wohnungsmüdeschein, den der Dieb möglicherweise benutzen wird. Beschrieben wird er: 18 bis 20 Jahre alt, übermittelgroß, bartlos, mit dunklem Haar und abgetragenen Sachen. Er hat ein Paar mit einer Rose und Weste von englischem Veder und zwei leere Jemantsäcke zurückgelassen.

Diebstähle. Eingeschlossen wurde nachts in die Laube eines Schrebergartens in L-Schleswig. Die Diebe erbaten für etwa 70 M. Kleidungstäte.

Herner sind Einbrecher nachts in eine Trinkhalle am Thomasring eingedrungen, wo sie jedoch das wahrscheinlich erhaschte Geld nicht vorgefunden haben.

Gestohlen wurden am 26. d. M. aus einem Grundstück der Reichsstraße zwei Ballen dunkelblauer Damen-Chemisets im Wert von etwa 200 Mark. Die Verpackung besteht aus wasserblauem Papier. Auf das Verbleibesachen des Stoffes wird eine angemessene Belohnung ausgeschert.

Am Sonntagnachmittag drang ein Einbrecher in der Dreilindenstraße in eine Wohnung ein, als deren Bewohner abwesend waren.

Als eine Verwandte, die die Familie besuchen wollte, an der Tür Klingelte, kam ihr der Einbrecher entgegen und redete ihr vor, er habe einen Freund besucht. Obgleich noch andre Bewohner hinzukamen, gelang es dem Dieb doch zu entkommen. Er hat eine goldene Damenuhr mit Verzierung in Gestalt von Blumen und Schwäbeln, 1 Paar Kinderohrringe mit echten Perlen und roten Steinchen mitgenommen, einen zum Mitnehmen zurechtgelegten Herrenanzug, aber im Sack lassen müssen. Der Dieb war ein etwa 25jähriger Mensch, klein, untersetzt, mit runder Gesicht, kleinem, dunklem Schnurrbart, schwarzen Haar, bekleidet mit blauem Jackettanzug und schwarzen, stiefeln Out.

In Freiberg stahlen Diebe aus der Bergwerkskasse der Erzgebirgischen Ausstellung ein Schnittwerk, das den Bildhauer Stollmeyer, der an einem Baumstamm vor einem exotischen Hirsch steht, darstellt, einen kleinen Elektromotor und eine kleine vierstellige Standuhr mit Marmorgehäuse. Herner sind in dieser Stadt zwei Uhren, eine goldene Herren-Taschenuhr mit Monogramm RN auf der Rückseite samt einer goldenen Kette im Wert von 800 M. und eine goldene Damenuhr mit der Nummer 241 027 samt langer goldner Kette gestohlen worden. Sollten die Geigenstände etwa hier zum Vorschein kommen, so wolle man die Kriminalpolizei sofort benachrichtigen.

Verhaftungen. Durch schamloses Gebaren in Gegenwart von Frauen ereigten in der inneren Stadt ein auswärts wohnender 40 Jahre alter Maurer das größte Ärgernis. Der wegen solcher Verfehlungen schon vorbestrafte Mensch wurde in Haft genommen.

Wegen gemeinschaftlichen Diebstahls wurden zwei in Cottbus wohnende Brüder, ein 25jähriger Markthelfer und ein 17-jähriger Arbeiter, festgenommen. Die beiden haben in der Uferstraße aus der Niederlage eines Kaufmanns, wo der ältere der beiden Brüder wiederholt beschäftigt gewesen ist, mit Hilfe eines Nachschlüssels einen ganzen Wagen Küchengeräte gestohlen und zum Teil veräußert. Die Untersuchung wird ergeben, ob sich die Mutter der beiden etwa der Delikte schuldig gemacht hat.

Am Südbahnhof hat eine 25jährige Frau aus einer Wohnung des Hauses, in dem sie selber wohnt, eine größere Menge Wäsche gestohlen. Diese konnte wieder herbeigeschafft werden.

Ein 31 Jahre alter Arbeiter hat zum Nachteil eines Schneidermeisters im Westenviertel einen Handwagen untergeschlagen und verkauft. Der Mann hat sich selbst der Polizei gestellt.

Bvereine und Versammlungen.

Und nochmals zur Erwiderung.

Auf die in Nr. 192 der Leipziger Volkszeitung abgedruckte leichte Richtigstellung des hiesigen Musikkvereins haben wir zu bemerken: Wenn Herr Schulte dem Musikkverein die in der Richtigstellung wiedergegebenen Behauptungen aufgestellt hat, hat er die Unwahrheit gesagt. Wir stellen nochmals endgültig fest: Es ist unwohr, daß Herr Schulte, bevor er mit dem Musikkverein unterhandelt, am 10. April seine Stellung bei uns gekündigt hatte. Freitag, den 12. April, hat Herr Schulte dem Karlsruhe seine Absicht, zu kündigen, mitgeteilt, und erst Donnerstag, den 18. April, ist die Kündigung erfolgt. Dass Herr Plöger und Höhler persönlich beim 1. Vorstandenden des Musikkvereins anfragen, wie sich der Musikkverein zu dem Unternehmens Schulte stelle, ist richtig. Sie haben daselbe getan, was der Musikkverein im vorigen Jahr beim Scheibelschen Unternehmen tat, als er uns um Unterstützung gegen Scheibel ersuchte.

Ob der Antrag auf Sperrung unseres Orchesters von dem oder jenem Mitgliede ausgegang, ist vollständig gleichgültig. Helt steht, daß er abgelehnt wurde und daß der Vorstand des Musikkvereins trotzdem durch ein Röhrchen an alle Musikdirektoren die Sperrung vollzogen hat. Herr Höhler hat in jener Sitzung lediglich geäußert, daß unter den hiesigen Musikkvereinen die Untersuchung jeder Neugründung zur Schmutzkonkurrenz führe, mithin also ein Anbieter unter Tarif für jedes Orchester zur Folge haben müsse. Leichtet das dem Lokalverein nicht ein? Dass die Musikkvereinigung sich unter Tarif anbieten müsse, falls sie vom Musikkverein nicht unterstellt würde, ist nie von Herrn Höhler in einer Vorstandssitzung des Vereins gesagt worden.

Alexander Schaedel
Reichsstrasse 14
Filiale Grimmaische Strasse 27
Bruchbänder: Leibbinden
Artikel zur Wochen- und Krankenpflege.

Neuer Messplatz. Haupt-Restaurant

Festwirt Georg Zeisner. [5212*]

Joseph Asthenbrenner mit seinen Oberlandlern.
Humoristische Duette der kleinsten und intelligentesten Kapellmeister der Welt.
Lilliputaner-Truppe
als Athleten, Akrobaten und Salon-Humoristen.
Echtes Münchner Löwenbräu direkt vom Fass.
Echt Nürnberg, Rostbratwürstel: Hühner am Spieß.
Heute Ochsenbraten 1/2 Portion 1 M.
1/2 " 75 Pf.

Unbedingt sehen muss man das Ündosa-Massage-Rad

Patentiert in allen Staaten. [5212*]

Das originellste und neueste auf dem Messplatz. Eine tolle Wackelei zum Totlachen für Fahrende und Zuschauer.

Und nun zur Frage der Leistungsfähigkeit. Ist die Orchesterbesetzung am 18. November 1911 auch nach den Angaben des Herrn Schulte zusammengestellt? Dieser 18. November beweist eben die Leistungsfähigkeit der Leipziger Musikkvereinigung in jeder Beziehung. zunächst sei festgestellt, daß außer den angezogenen 48 Musikern im Volkshaus an diesem Tage noch 55 Musiker von uns beschäftigt worden sind. 18 davon zu einem Konzert in Städterly, unter Leitung unseres Konzertmeisters. Aus praktischen Gründen und zur Bequemlichkeit der herangezogenen Aushilfen hat Herr Schulte selbst veranlaßt, daß unsere Leute nach Städterly geschickt wurden. In der Wahl seiner Mittel ist er also ziemlich klug. Trotzdem konnten wir von unseren eigenen Mitgliedern noch folgende Stimmen im Volkshaus bezeichnen: 3 erste Violinen, 2 zweite Violinen, 2 Bratschen, 1 Cello, 2 Bassen, 1 Oboe, 2 Clarinetten, 2 Horn, 1 Trompete, 1 Posaune, 2 Schlagzeug, mit Dirigent also 22 Mann, darüber 11 erste Stimmen. Zur Erhöhung unserer Angaben würden wir einem Vorstandsmitgliede des Musikkvereins Einsicht in unser Geschäftsbuch von 1911 gestatten. Darin 70 Musiker aus eigner Kraft und zwei gut gelungene Konzerte an einem Tage, sind ein glänzender Beweis der Leistungsfähigkeit.

Was Herr Schulte in seiner schriftlichen Mitteilung an den Musikkverein über seine Aeußerung anlässlich des Konzertes im Albertergarten sagt, ist eine grobe Unwahrheit. Wir sind in der Lage, durch unser Geschäftsbuch nachzuweisen, daß die von uns gestellten 18 Mann (von 20) die besten Kräfte unseres Orchesters waren, die von Schulte selbst zu allen besseren Konzerten herangezogen wurden. Dass sich Schulte in der abgesonderten Weise über die dem Musikkverein angehörenden Aushilfen geäußert hat, sind wir bereit in Gegenwart des Herrn Schulte durch Zeugen zu erläutern.

Der Orchesterausschuß der Leipziger Musikkvereinigung.

Berichtsaal.

Landgericht.

Fälschung einer Postanweisung brachte den 18 Jahre alten Markthelfer Hermann D. auf die Anklagebank. Der Markthelfer hatte im Auftrage seines Chefs Briefe und Postanweisungen von der Post abzuholen. Aus Versehen hatte der diensthabende Postbeamte einmal eine Postanweisung über 74.80 M. die auf eine Firma mit ähnlichem Namen lautete, unter die Poststrecken der Firma gemischt, bei der D. angestellt war. D. bemerkte den Irrtum und ließ sich verleiten, die Postanweisung zu quittieren und den Betrag abzuheben. Später wurde die Fälschung entdeckt und D. unter Anklage gestellt. Er wäre wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde vor das Schwurgericht gekommen, da er aber zur Zeit der Tat noch nicht 18 Jahre alt war, hatte er sich vor der Gerichtsstrammer B des Landgerichts zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Strafstrafe und der Jugend des Angeklagten und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis.

Ein Geisteskranker? Der 31 Jahre alte Jäger Karl Gottlob Möglitz aus Berlin war im September und Oktober 1910 für die in Leipzig erscheinenden Vereinsnachrichten als Inferatenabkömmling tätig. Durch erbärmliche Aufträge erschwindelte er sich 24 M. Provision. In einem andern Falle hat R. ein Klavier im Wert von 720 M. gekauft, dafür aber nur 100 M. bar bezahlt und den Rest in Wechseln hinterlegt. Der Verkäufer hatte sich das Eigentumsrecht vorbehalten, solange die Wechsel nicht eingelöst seien. Obwohl dies noch nicht geschehen war, verkaufte R. das Klavier für 400 M. Über die Berechnungsfähigkeit des Angeklagten waren zwei ärztliche Gutachten beigezogen. Ein Gerichtsdarsteller aus Berlin erklärte den Angeklagten für körperlich und geistig degeneriert. Der zweite Sachverständige erklärte den Angeklagten sogar als geisteskrank. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis, wobei sein Geisteszustand strafmildernd in Betracht gezogen wurde.

Unter verschlossenen Türen wurde gegen den in Dessau geborenen Arbeiter Paul Wilhelm Krieger verhandelt, der sich eines Verbrechens nach § 178 Abs. 2 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht hatte. G. wurde zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrenverlust verurteilt.

Aus der Partei.

Parteitag der P. P. S. Ein außerordentlicher Parteitag der P. P. S. fand am 18. d. M. in Bielefeld (O.-S.) statt. Anwesend waren insgesamt 80 Delegierte, davon 29 aus Oberschlesien, je einer aus Berlin, Leipzig, Bremen, Bückeburg, Polen und Sachsen. Herner die Mitglieder der Kontrollkommission der polnisch-spezialistischen Partei, die Preßkommission der Gazeta Robotnicza und der Bezirksteilnehmer der deutschen Partei, Genosse Hörsing-Beuthen.

Der einzige Punkt der Tagessitzung war die Selbständigung der Gazeta Robotnicza. Genosse Bienczikiewicz-Kowalewski gab in längeren Ausführungen ein sehr umfassenes Bild von der P. P. S. und der Gazeta Robotnicza. Er gab der Meinung Ausdruck, daß an den schlechten Erfolgen leider nicht zuletzt die Streitigkeiten im eigenen Lager die Schuld tragen. Mit Rücksicht darauf will der deutsche Parteivorsitzend den bisher geleisteten Aufschluß in dieser Höhe nicht mehr geben. Redner empfahl

die Gründung eines polnischen Wochenblattes, das möglichst unabdingbar vom Parteivorstand eröffneten soll.

Die Debatte hierüber war sehr lebhaft. Die Mehrzahl der Delegierten war gegen jede Unterstützung durch den deutschen Parteivorstand, weil diese dazu beigetragen habe, die Entwicklung der P. P. S. und der Gazeta Robotnicza eher zu hindern, als zu fördern. Angeregt wurde von mehreren Delegierten die Herausgabe einer polnischen Tageszeitung, während andere für das wöchentlich dreimalige Erscheinen der Gazeta Robotnicza eintraten, jedoch ganz strikt ablehnten, irgendwelche Unterstützung von der deutschen Parteileitung anzunehmen. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der heutige Parteitag beschließt, der Vorstand der P. P. S.

soll alles daran setzen, damit am 15. Dezember d. J. ein Tagesschlagblatt an Stelle der Gazeta Robotnicza herausgegeben werden kann. Sollte dies jedoch finanziell unmöglich sein, dann soll vom 1. Januar 1912 die Gazeta in ein Wochenblatt umgewandelt werden.

Das Tagesschlagblatt soll, falls es herausgegeben wird, unter dem Titel "Dainik Robotnician" (Tägliche Arbeiterszeitung) erscheinen. Alle übrigen Anträge auf Schaffung eines Pressetondes und Sammlung von Geldern wurden dem Vorstande überwiesen.

Eine Kreisgeneralsversammlung des Wahlkreises Stuttgart wählt den Genossen Westmeyer zum Parteisekretär.

Auf dem badischen Parteitag ging es diesmal sehr friedlich zu. Als ein Zeichen der Zeit verdient indessen bemerkt zu werden, daß der Karlsruher Volksfreund eine herbe Kritik wegen seiner Schlagzeilen hält, im Reichstagwahlkampf gegenüber den liberalen Parteien erschüttert. Die übergeordnete Mehrheit des Parteitages wünschte eine energische Bekämpfung des Liberalismus.

Eingelassene Schriften.

Im Verlag der Druck- und Verlagsanstalt „Julius“ Munge u. Co., Neißenberg, ist soeben erschienen: „Klassenkampf und Nation“. Von Dr. Anton Pannekoek. Inhalt: 1. Die Nation und ihre Wahrnehmungen. 2. Die Nation und das Proletariat. 3. Die sozialistische Taktik. — Die Broschüre ist 56 Seiten stark und kostet 40 Heller (40 Pfennig). Sie ist zu beziehen durch die Parteiselpoeteure, durch alle Buchhandlungen sowie durch den Verlag selbst. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Aus der Jugendbewegung.

Die Duldsamkeit der Frommen. Im Dortmunder Kirchlichen Anzeiger werden die Statuten der dortigen Jungfrauenorganisation, einer katholischen Jugendorganisation, veröffentlicht, in denen folgender § 7 enthalten ist:

Die Kongregantinnen dürfen unter keinen Umständen eine gemischte Ehe eingehen; eine Bekanntschaft mit Andergläubigen istleicht von und aus der Kongregation aus. Sie versprechen ferner, keine Bekanntschaft ohne erste Abfahrt und geprägte Aussicht auf baldige Verehelichung anzuknüpfen; bei erlaubten Bekanntschaften alle gefährlichen und unnötigen Besuche zu meiden. Am Sonntagvormittag dürfen die Mitglieder nur an Hausmesse teilnehmen, und dann nur unter Aufsicht der Eltern oder deren Stellvertreter teilnehmen, und nach denselben sich nicht von Junglingen nach Hause begleiten lassen.

Und diese konfessionellen Organisationen, die in so zielstrebig-widerwärtiger Weise die konfessionellen Gegenseiter schließen, werden von der Staatsgewalt nach allen Richtungen protegiert und als leuchtende Vorbilder gegenüber der „Duldsamkeit“ der proletarischen Jugendbewegung gepriesen!

Zum Kampf gegen die Arbeitsejugend. In Sorau ist vor einiger Zeit den Fortbildungsschülern aufgegeben worden, entweder in der Fortbildungsschule des Sonntags nachmittags von 8 bis 4 Uhr dem Turnunterricht beizuhören, oder aber den andern patriotischen Vereinen, den Jugendwuchs usw. anzugehören. Einige Fortbildungsschüler, die nicht den Nachweis liefern konnten, daß sie in einem dieser Vereine sind, wurden aufgefordert, das Sonntags nachmittags unter der Aufsicht eines Lehrers turnen zu kommen. Dagegen haben die Eltern der in Frage kommenden Kinder Protest eingeleitet; sie haben ihre Kinder von dem Turnunterricht ferngehalten, weil sie der Meinung sind, nicht verpflichtet zu sein, ihre Kinder Sonntags nachmittags zum Turnunterricht zu schicken. Die Folge davon war, daß eine Anzahl jener Schüler Strafmandate in Höhe von 5 Mark erhielten, mit dem Hinweis, daß diese 5 Mark an die Stadtkasse zu zahlen seien. Herner wurde darauf hingewiesen, daß das Ortsstatut von 1903 eine derartige Strafe für gerechtfertigt erklärt. — Gegen diese Strafmandate ist richterliche Entscheidung beantragt worden.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Mittwoch:

Speisenkarte I (Gebäckkarte) 9; Schinken mit Schinkenstein.
Speisenkarte II (Zwiebelkarte) 12; Kartoffelsalat mit frischer Wurst.
Speisenkarte III (Rübenkarte) 14; Gelbe Erdbeeren mit Wiener Würsten.
Speisenkarte IV (Ziegenkarte) 15; Mistkäse mit Zwiebel und Käse.
Speisenkarte V (Bauerneiße) 15; Döner mit Schwarzwurst.
Speisenkarte VI (Nudel) Nudelkäse 15; Kartoffelsalat 11; Nüchtern mit Schinkenstein.
Speisenkarte VII (Waldernährkarte) 15; Döner mit frischer Wurst.

Die Hauptattraktion der Messe
Orang Utan
der Waldmensch, oder
Johanna, das Affenmädchen.

Die Direktion H. J. Fey.

Während der Messe Große Automobil- Korso- u. Rennfahrten.

Elektrischer Betrieb! [5213*]

Feenfeste, elektrische Beleuchtung! —

Angenehme Fahrgelegenheit für Damen, Herren u. Kinder

PARKHAUS

PAUL SCHNEIDER

Auf dem Wies Platz

Hauptreihe (neben Eingang)

Lustige

Rasperle-Romüdien

Kinder-Theater

Leipziger Dürer-Bund

Besetzungen täglich

4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 Uhr

Sachen erschien:

Patrotismus und

Sozialdemokratie

Von Karl Kautsky.

Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch:

Leipziger Buchdruckerei

Aktiengesellschaft

(Abteilung Buchhandlung)

und deren Filialen

sowie durch die Ausgeber

der Volkszeitung.

Wie entstanden Weltall

und Menschheit?

v. W. Peterson-Kinberg.

Mit

Centrale für Herren- und Knabenbekleidung. G. m. b. H.
Verkaufsnitnur 10 Prozent Nutzen
Nürnbergstr. 7 Plagwitz
Ecke Johannaplatz. Zschöcherschestr. 38.

Alkoholfreie Getränke

Alsina überall beliebte Qualitäts-Marke.

Apotheken

Friedens-Apotheke am Plagwitzer Straßenbahn-Depot
Carl-Heine-Straße 66, Ecke Gutsmuthsstr.

Hornbachische Central-Apotheke
Dr. Wilmars Schwabe, Leipzig,
Querstraße 5. Telefon 31.

Hubertus-Apotheke Leipzig-
Angor Ecke Zweinaundorfer- u. Martinstr.

Kronen-Apotheke
Gohliserstr. 54.

Linden-Apotheke Weststraße 41.

Marien-Apotheke Schützenstr. am Krystallpalast

Mazdaznan "Hygiene"
Schlossg. 8

Mohren-Apotheke Spez. Gicht, Rheuma.

Ost-Apotheke L.-Roudnitz,
Wurznerstr. 1.

Ranstädt.-Apotheke, Leipzig, Ranstädt-Sternweg 27.
Richard Krause, Fernstr. 2723. Gegr. 1875.

Roland-Apotheke, Bayreschostr. 68.

Salomon-Apotheke, Grimmelschesstr. 17.

Lieferant aller Krankenkassen.

Sedan-Apotheke Leipzig-Gohlis.

Lothringerstr. Ecke Friedr.-Karlsstr.

Körner-Apotheke Paul Wild, L. Kl.-Zschöcher.

Sophien-Apotheke Plagwitz, gegenüber Felsenkeller.

Badeanstalten

Apollo Alle elektr. u. Kurbäder. Bühlerstr. 11.

Marien-Bad Eisenbahnhstr. 66. Konradstr. 26. Schwimm-Bassin - Wassen-Dampfbad.

Helios Institut für elektr. Bäder. Dorotheenstr. 2. Tel. 13934. Rößlerstr. 11, pte.

Licht- & Kurbad

Bäckereien, Konditoreien

Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87.

Friedr. Böhme, Tha., Reitzenstr. 28.

Anton Büttner, Kochstr. 15.

A. Clevé, kg Zweinaundorferstr. 64a.

Karl Gläser, Albertinestr. 92.

A. Göller, Oberz. Münsterstr. 9.

Otto Herold, Klisch., Dickekastr. 101.

W. Käbitzsch, Böhl.-Ehrb., Südstr. 34.

Eich, Kloos, Elisabethstr. 11.

Aug. Kruciansky, Bernhardstr. 20.

Bruno Lange, Moritzburgerstr. 79.

H. Lischke, Döhlitz, Göbnerstr. 1.

Paul Nergen, Marianestr. 46.

R. Preller, Eu., Hamburgerstr. 37.

Fritz Rügert, St. Elizätsdärt. 25.

Arwed Rohrbach, G., S. Münzstr. 44.

Arthur Schwendler, Körnerstr. 13.

Emil Thomas, Ang. Wörthstr. 8.

Hermann Vetter, Hildegardestr. 13.

K. Wieschelhütter, Böhl., Kreuzstr. 93.

Max Rahmig, Rdn., Gemeindestr. 3.

Paul Richter, Pl., Moritzburgerstr. 14.

Gust. Salomon, Beitratzsch,

Döltzscher Str. 69.

Reiter garantiert reines Roggenvor-

brot in Vollgewicht. Tel. 8803.

A. Schwendler, Barock. Str. 18.

E. Volkmann, Lind., Gundorferstr. 39.

Eich. von der Weh, Eu., Leipzigerstr. 210

Beerdigungsanst. u. Sargm.

Arnold, vorm. Fuchs, Bogislawstr. 28

Bretschneider, Co., Bauschstr. 31.

Adolf Koch, Mühlstraße 6.

August Meckel, Wurznerstr. 41.

Mathätkirchhof 28.

Li., Odermannstr. 10.

Vo., Konradstr. 41.

Zschöchersche Str., Li.

Ltz. St. 48, Kämn. St. 36

M. Verboek, Kirchstr. 82.

Bildereinrahmungen

Friedr. Frankel, Elisabethstr. 8.

Bruno Meyer, Dresdenstr. 38.

Eisenbahnstr. 1.

Emil Theile, str. 62.

Blumen u. Kränze

A. Borchardt, v. 1. Thom., 11. Mühlestr. 3.

Carl Frese, Eisenbahnstr. 24.

Böttcherwaren

A. Fröhlich, Gohlis, Elisabeth. 14.

Brauerien, Bierhandl.

F. A. Ulrich

Brauerei C. W. Naumann

Tel. 2808 Leipzig-Plagw. Tel. 2808

Erscheint 8 mal
wöchentlich

Hallesche Aktien-Bierbrauerei
Halle a. S. Telefon 5000.
C. SchubertNigl., Prt.-u. Flsh. SdpL 5

B. Hübner, Brauerei, Taucha.

Dampfbräuerei Zwenkau A. G.

Zwenkau.

J. Polkämper, Bierfisch empfiehlt seine aus
best. Malz u. Hopfen gebr. Biere

Briketts, Kohlen.

Böttcher, Südstr. 8. Tel. 11331

Ernst Claus, Josephinenstr. 31.

Ellyschacht, G. m. b. H., Gleisstr.

O. Freiberg, Co., Pfefferstr. 18.

Ferd. Grabau, N., Tauchner Str. 30.

Anna Haß, Lind., Odermannstr. 18.

Julius Ilgs, Co., am Bahnhof.

Emil Körner, Eu., Thoresenstr. 65.

Reu., Viktorlast. 13.

O. Lindner, Möbeltransp. Spediteur

J. Lippe, Silh., Schützenhauserstr. 18.

O. Müller, Klein's Markt, Brust. 12, fms. 14194.

Nouländer, 10., Wagn., Wernstr. 42.

P. Pannloko Neffg., Lü., Auerlönsdorf. 28

P. Passieke, Volk., Rabat. 31.

H. Reimann, Rödel, Linn., Markt 15.

H. Scheider, Böhl., Reitzenstr. 89.

Max Schramm, Go., St. Privatstr. 18.

W. Staudt, 10., Blauestr. 21, Markt. 18.

Ernst Wolf, Brandvorwerkstr. 41.

L.-Thonberg, Reitzenh. Str. 18.

Buchhandlungen

Bücher-Ramachhalde, Burgstr. 22.

H. Rosberger, Bayreschesstr. 64.

Butterhandlungen

Gerbersstraße 36 Dillers Milchwirtschaft

Otto Farkert, Kronprinzstr. 11.

L. Hartkopf, Comeniusstraße 8.

Alfr. Hildebrand, Kirostrasse 19.

J. Höhmann, Emilienstr. 52.

E. Kahn, Co., Pegauerstr. 32.

Otto Krause, Wurznerstr. 2.

GeschwisterPortz, Plauenschesch. 3/5.

Heinholz, Richard, Kreuzstr. 33.

Lindenauer Butterhill, Moritzburg. 58.

J. Oswald, Volk., Ludwigstr. 90.

M. Schladitz, Co., Pegauerstr. 20.

Traubebutter-Hausse, Lindenau.

F. Wichtler, Dufourstr. 24.

Bürsten, Sellerw. & Pinsel.

Döring Toiletteartikel.

Louis Lips, Salzgassen 1.

A. Hoffmeister, Co., Pegauerstr. 14.

E. Trümper-Bödemann, Str. 25

F. Wilh. Ziegler, Gossaustrasse 14.

Cacao, Schokol., Kaffee u. Tee

Selma Altermann, Stößt. Kreuzstr. 9.

Cacao-Haus Bayer 10 Stadtgeschäfte.

Dt. Käkhs. J. Heyn, Lü., Merzbach. St. 50

Al. Gärtner, Eisenbahnstr. 128b.

Johanna Gneus, Stößt., Schulstr. 9.

H. Hörmig, Go., Lindenthalerstr. 20.

J. Kladiva, Lind., Frankfurterstr. 47

Otto Körner, Wurznerstr. 137.

A. Krümer, Go., Wiedergitsch. St. 11.

F. Lederer, Eisenbahnstr. 44 u. 82.

A. Lippold, Fa. Alexander, Bismarckstr. 1b.

Otto Pfeiffer, Brandvorwerkstr. 23.

Fritz Rügert, St. Elizätsdärt. 25.

Arwed Rohrbach, G., S. Münzstr. 44.

Arthur Schwendler, Körnerstr. 13.

Emil Thomas, Ang. Wörthstr. 8.

Hermann Vetter, Hildegardestr. 13.

K. Wieschelhütter, Böhl., Kreuzstr. 27.

Max Rahmig, Rdn., Gemeindestr. 3.

P. Richter, Pl., Moritzburgerstr. 14.

F. Röhrfeld, Zweinaundorferstr. 30.

H. Röhrfeld, Böhl., Südstr. 2.

F. Schubert, Böhl., Südstr. 13.

F. Schubert, Böhl., Südstr. 17.

F. Schubert, Böhl., Südstr. 19.

F. Schubert, Böhl., Südstr. 21.

F. Schubert, Böhl., Südstr. 23.

F. Schubert, Böhl., Südstr. 25.

F. Schubert, Böhl., Südstr. 27.

F. Schubert, Böhl., Südstr. 29

